

120

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Dezember 2021

Winter-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2023

Aufschwung setzt sich fort trotz Inflation und
Corona-Risiken

Sperrfrist: Mittwoch, 15. Dezember 2021, 10:30 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

120

Wirtschaftsprognose
Economic Forecast

Dezember 2021

Winter-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2023

Aufschwung setzt sich fort trotz Inflation und
Corona-Risiken

Martin Ertl

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Sebastian P. Koch

Robert M. Kunst

Zuzana Molnárová

Michael Reiter

Klaus Weyerstraß



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

AutorInnen

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Zuzana Molnárová, Michael Reiter, Klaus Weyerstraß

Titel

Winter-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2023
Aufschwung setzt sich fort trotz Inflation und Corona-Risiken
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 120

Kontakt

Michael Reiter

T +43 1 59991-154

E mreiter@ihs.ac.at

Helmut Hofer

T +43 1 59991-251

E hofer@ihs.ac.at

Klaus Weyerstraß

T +43 1 59991-233

E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

Paul Glück (Public Relations)

T +43 660 150 5001

E glueck@paulglueck.com

2021 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien

T +43 1 59991-0

F +43 1 59991-555

www.ihs.ac.at

ZVR: 066207973

Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Zusammenfassung	7
2	Die internationale Konjunktur	16
2.1	Überblick.....	16
2.2	Länderprognosen.....	21
3	Die österreichische Außenwirtschaft.....	33
4	Perspektiven der Inlandskonjunktur.....	35
5	Monetäre Prognose	46
6	Tabellenanhang.....	49

Aufschwung setzt sich fort trotz Inflation und Corona-Risiken

Mit einem voraussichtlichen Wachstum von 4,3 % hat sich die österreichische Wirtschaft vom Corona-Schock des Vorjahres schneller erholt als zu Jahresbeginn erwartet. In den kommenden beiden Jahren sollte die heimische Ökonomie auf einem soliden Wachstumskurs bleiben und das Bruttoinlandsprodukt um 4,2 % bzw. 2,6 % zulegen. Diese Prognose setzt voraus, dass die Corona-Eindämmungsmaßnahmen rasch auslaufen können und es zu keinen weiteren Lockdowns kommt. Getrieben von den Energiepreisen ist die Inflationsrate in den letzten Monaten kräftig gestiegen. Der Höhepunkt des Preisanstiegs dürfte zu Jahresende erreicht werden. Für den Jahresschnitt 2022 muss die Prognose der Inflationsrate auf 2,8 % angehoben werden. Im Jahr 2023 sollte sie auf rund 2 % zurückgehen. Ausgehend von 8,1 % im laufenden Jahr könnte die Arbeitslosenquote im weiteren Prognosezeitraum auf 7,1 % bzw. 6,9 % sinken. Die Reduktion der Abgabenbelastung des Faktors Arbeit durch die Steuerreform wird vom Institut begrüßt, allerdings fehlen weiterhin Strukturreformen im öffentlichen Sektor.

1 Einleitung und Zusammenfassung

Im dritten Quartal des ablaufenden Jahres hat sich der kräftige Aufholprozess der österreichischen Wirtschaft fortgesetzt. Die Wirtschaftsleistung legte im zweiten und dritten Quartal um 4,2 % bzw. 3,8 % gegenüber dem Vorquartal zu. Damit lag das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal bereits über dem Vorkrisenniveau. Die Erholung erfolgte auf breiter sektoraler Basis. Handel, Industrie und Bau haben zumindest das Vorkrisenniveau wieder erreicht. Der von der Krise besonders schwer getroffene Bereich Beherbergung und Gastronomie hat im dritten Quartal zwar stark zugelegt, lag aber immer noch um gut 10 % unter den Vorkrisenwerten.

Allerdings machen sich seit dem zweiten Quartal Lieferengpässe bemerkbar, und die Inflation hat in den letzten Monaten deutlich zugelegt. Mit dem starken Anstieg der Corona-Infektionszahlen ist im Verlauf des vierten Quartals das Wachstum ins Stocken geraten. Aufgrund des neuerlichen Lockdowns ab 22. November erwartet das Institut, dass die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal schrumpft. Im Vergleich zur Herbst-Prognose verlief die Entwicklung in den ersten drei Quartalen etwas besser als erwartet, hingegen wird das Schlussquartal aufgrund des 3-wöchigen Lockdowns deutlich schwächer ausfallen. Das Institut geht daher davon aus, dass die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021 um 4,3 % zugelegt hat. Für das kommende Jahr nimmt das Institut seine Wachstumsprognose auf 4,2 % zurück. Während die Corona-Krise und die

davon ausgehende Unsicherheit sowie die hohe Inflation die Wirtschaftsdynamik belasten, sollten der allmähliche Wegfall der Lieferkettenprobleme und die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit die Wirtschaftsleistung fördern. Hinsichtlich der Pandemie unterstellt das Institut, dass es ab dem Frühling zu keinen umfassenden Einschränkungen mehr kommen wird. Diese Annahme basiert darauf, dass es gelingt, die Impfquote deutlich anzuheben und dass keine wesentlich ansteckenderen bzw. impfstoffresistenten Virus-Varianten auftreten. Für das Jahr 2023 wird ein Wachstum von 2,6 % erwartet. Damit sollte die heimische Wirtschaft in den kommenden beiden Jahren etwa im gleichen Tempo wie die Wirtschaft im Euroraum zulegen (4,3 % bzw. 2,2 %).

Die internationalen Rahmenbedingungen bleiben günstig, allerdings hat die Erholung der Weltwirtschaft im dritten Quartal an Schwung verloren. Der starke Konjunkturaufschwung aus dem früheren Jahresverlauf büßt mittlerweile in vielen Industrieländern an Dynamik ein. Gravierende Knappheiten bei Vorleistungsgütern bremsen die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe. In einigen Ländern litten die konsumnahen Dienstleistungen unter der Ausbreitung der Delta-Variante des Coronavirus. Darüber hinaus dämpft die hohe Inflation die Kaufkraft. Die Entwicklung verlief regional unterschiedlich. Während sich die Dynamik in China und den USA abschwächte, hat sich die Erholung im Euroraum fortgesetzt. Die vorliegenden Indikatoren deuten darauf hin, dass die weltwirtschaftliche Erholung zunächst mit wenig Schwung weitergeht. Erst mit dem Überwinden der globalen Lieferengpässe dürfte das Verarbeitende Gewerbe den Aufschwung immer stärker tragen. Wie schnell sich die konsumnahen Dienstleistungen und vor allem der weltweite Tourismus normalisieren, hängt von den Erfolgen bei der Bekämpfung des Coronavirus ab.

Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut folgendes internationales Konjunkturbild. Nach 8,3 % im ablaufenden Jahr dürfte sich das Wachstum in China auf 5,3 % bzw. 5,0 % abschwächen. Für die USA werden Wachstumsraten von 4,0 % bzw. 2,0 % erwartet. Im Euroraum dürfte sich der kräftige Erholungsprozess auch im kommenden Jahr mit einem Wachstum von 4,3 % fortsetzen, für 2023 wird ein Wert von 2,2 % erwartet. Ausgehend von 5,6 % im laufenden Jahr sollte die Weltwirtschaft mit Raten von 4,4 % bzw. 3,0 % weiter kräftig expandieren.

Der private Konsum hat in Österreich im dritten Quartal kräftig zugelegt. Die hohen Infektionszahlen und die dadurch ausgelösten Eindämmungsmaßnahmen dämpfen jedoch das Konsumwachstum im vierten Quartal erheblich. Für den Jahresschnitt 2021 wird nunmehr ein Zuwachs der privaten Konsumausgaben von 3,2 % erwartet. Im kommenden Jahr sollte sich das Wachstum auf 5,1 % beschleunigen. Mit 3,0 % dürfte der private Konsum auch im Jahr 2023 ein Wachstumstreiber bleiben. Die Steuerreform stärkt die verfügbaren Einkommen. Wegen der eingeschränkten Konsummöglichkeiten

während der Corona-Pandemie ist die Sparquote im Vorjahr auf 14,4 % geklettert. Das Institut geht davon aus, dass sie bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 8,8 % zurückgehen wird.

Gestützt von der internationalen Industriekonjunktur und den Fördermaßnahmen der Regierung haben die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr kräftig zugelegt, wobei allerdings die Dynamik im Jahresverlauf nachgelassen hat. Für den Jahresdurchschnitt 2021 erwartet das Institut eine Ausweitung der Anlageinvestitionen um 6,4 %, dabei expandieren sowohl die Ausrüstungen (7,3 %) als auch die Bauten (5,5 %) kräftig. Im restlichen Prognosezeitraum wird sich das Expansionstempo der Anlageinvestitionen auf 4,0 % bzw. 3,0 % verlangsamen. Dabei sollten die Ausrüstungsinvestitionen mit 5,0 % bzw. 3,5 % etwas kräftiger zulegen als die Bauten (3,0 % bzw. 2,5 %). Zur positiven Investitionsdynamik werden auch die Mittel aus dem Wiederaufbauplan der EU beitragen.

Die österreichische Exportwirtschaft profitiert von der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft und des Welthandels. Im Jahresdurchschnitt 2021 haben die heimischen Exportmärkte voraussichtlich um knapp 9 % zugelegt. In Einklang mit der internationalen Entwicklung haben die (saisonbereinigten) Warenexporte zu Jahresbeginn kräftig expandiert. Nach dem anhaltend starken Wachstum im zweiten Quartal verringerte sich die Dynamik im dritten Quartal. Im Jahresdurchschnitt 2021 dürften die Warenexporte um 13,9 % ansteigen, nach dem Einbruch um knapp 8 % im Vorjahr. In den kommenden beiden Jahren könnten die Exporte von Waren um 3,6 % bzw. 3,5 % zulegen. Die Reiseverkehrsexporte leiden besonders stark unter der Corona-Pandemie. Aufgrund des Totalausfalls des Tourismus im Winter 2020/2021 schrumpft dieses Aggregat im laufenden Jahr trotz der guten Entwicklung im Sommer zum zweiten Mal in Folge. In den kommenden beiden Jahren dürften sich die Reiseverkehrsexporte langsam wieder dem Vorkrisenniveau annähern. Laut Prognose werden die Gesamtexporte laut VGR im laufenden Jahr um 9,2 % zulegen. Im kommenden Jahr sollten die guten Tourismusexporte ein Wachstum von 7,1 % ermöglichen. Mit dem Wegfall der pandemiebedingten Sondereffekte werden die Exporte im Jahr 2023 voraussichtlich um 4,3 % ausgeweitet. Mit der Belebung der Inlandsnachfrage und der starken Exporttätigkeit dürfte die Importnachfrage im laufenden Jahr einen Zuwachs von 10,4 % verzeichnen. In den Jahren 2022 und 2023 könnten die Gesamtimporte um 6,7 % bzw. 4,1 % ansteigen. Von der Außenwirtschaft geht in dieser Prognose ein annähernd neutraler Wachstumsbeitrag aus.

Im Jahresverlauf hat sich der Preisauftrieb auch in Österreich enorm beschleunigt. Im November betrug die Inflationsrate laut Schnellschätzung 4,3 %. Getrieben wird die Inflation gegenwärtig von den stark gestiegenen Energiepreisen. Merkwürdig angezogen haben auch die Güterpreise. Im Jahresdurchschnitt 2021 wird die Inflationsrate wohl

2,8 % betragen. Das Institut geht davon aus, dass der Höhepunkt des Preisauftriebs Ende des Jahres erreicht wird. Der Wegfall von pandemiebedingten Preiseffekten und globalen Lieferkettenproblemen wirkt dabei dämpfend. Insgesamt gesehen muss das Institut allerdings seine Inflationsprognose für 2022 auf 2,8 % anheben. Für 2023 wird mit einem Preisauftrieb von 1,9 % gerechnet.

Im laufenden Jahr hat sich der Arbeitsmarkt vom Corona-Schock erholt. Seit dem Frühjahr hat die Beschäftigung kräftig zugelegt und die Arbeitslosigkeit ist wieder auf das Vorkrisenniveau gefallen. Das Institut erwartet, dass die gegenwärtigen Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen die Arbeitsmarktentwicklung nur kurzfristig dämpfen, und hält daher seine Herbst-Prognose aufrecht. Ausgehend von 8,1 % im Durchschnitt des laufenden Jahres sollte die Arbeitslosenquote auf 7,1 % im Jahr 2022 bzw. auf 6,9 % im Jahr 2023 sinken. Diese Prognose unterstellt, dass der Bekämpfung des qualifikatorischen und regionalen Mis-Matches am Arbeitsmarkt sowie der Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit weiterhin hohe arbeitsmarktpolitische Priorität zukommt.

Mit der Konjunkturerholung und dem allmählichen Wegfall der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen verbessert sich die Lage der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum. Für das laufende Jahr wird gegenwärtig ein Defizit von knapp 6 % des BIP erwartet. Die weiterhin günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, das Auslaufen der Corona-Hilfen und die Steuerreform prägen die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in den kommenden beiden Jahren. Gegenwärtig wird von einem Defizit von 1,9 % bzw. 1,3 % des BIP ausgegangen. Das Institut begrüßt die steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit. Zur Erreichung der Klimaziele sind jedoch weitere Schritte notwendig. In Hinblick auf die Struktur der Einnahmen und Ausgaben des Staates sollte zukunftsorientierten produktivitätserhöhenden Bereichen, wie etwa Bildung, Digitalisierung und Forschung, höhere Priorität zukommen. Diese sollten durch wiederholt angemahnte Strukturreformen finanziert werden.

Die internationalen Konjunkturrisiken sind weiterhin mehrheitlich abwärts gerichtet. Wie anfällig die Weltwirtschaft bezüglich neuer Corona-Infektionswellen oder gegenüber dem Auftreten neuer Virus-Varianten ist, haben die Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen in einigen europäischen Ländern im Herbst sowie die strikten Reisebeschränkungen nach der Entdeckung der Omikron-Variante deutlich vor Augen geführt. Darüber hinaus entwickelt sich die Industrieproduktion umso schwächer, je länger die Verwerfungen in den globalen Lieferketten fortbestehen. Zudem könnte sich die Inflation als persistent erweisen, zu höheren Inflationserwartungen führen und in einer Lohn-Preis-Spirale münden. Daraufhin könnten sich die Notenbanken gezwungen sehen, früher als bisher geplant die Geldpolitik zu straffen. Ein weiteres Konjunkturrisiko geht von China aus. Ein langer und tiefer Abschwung auf dem Immobilienmarkt würde die Wirtschaftsaktivität in China erheblich belasten. Dies hätte aufgrund der

weltwirtschaftlichen Bedeutung Chinas Ausstrahlwirkungen auf andere Volkswirtschaften. Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass der globale Aufschwung stärker verläuft, etwa wenn die während des Lockdowns gebildeten Sparpolster stärker und schneller als unterstellt aufgelöst werden.

Auch für die heimische Wirtschaft stellt die Corona-Pandemie das größte Abwärtsrisiko dar. Ein starker Anstieg der Infektions- und Hospitalisierungszahlen im Frühjahr würde wohl neuerliche Eindämmungsmaßnahmen erforderlich machen und den privaten Konsum und insbesondere den Tourismus stark belasten. Mit dem Auftreten der Omikron-Variante ist dieses Szenario wesentlich wahrscheinlicher geworden. Im Falle einer ähnlichen Entwicklung wie im ersten Quartal 2021 würde das BIP-Wachstum im Jahresdurchschnitt 2022 um einen Prozentpunkt geringer ausfallen als prognostiziert. Ein weiteres Risiko besteht in einer noch stärkeren Inflationsdynamik, die die Kaufkraft der Haushalte schwächen und bei längerer Dauer eine Lohn-Preis-Spirale auslösen könnte. Eine erfolgreiche Bewältigung der Corona-Pandemie würde hingegen die Unsicherheit reduzieren und könnte zu einem stärkeren Konsumwachstum führen.

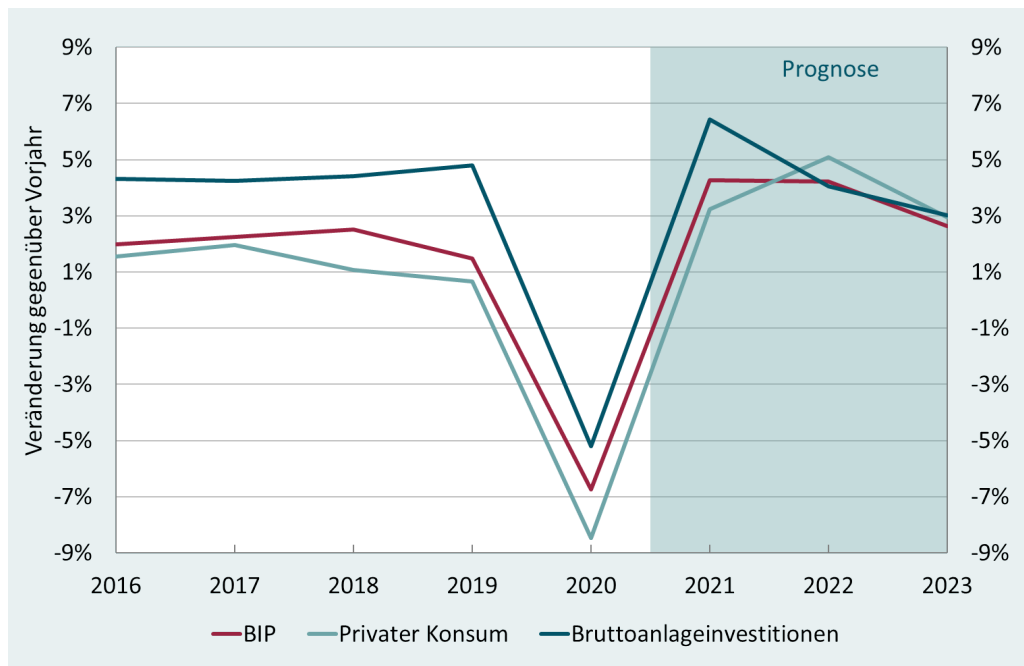
Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2021	2022	2023
Bruttoinlandsprodukt, real	4,3	4,2	2,6
Privater Konsum, real	3,2	5,1	3,0
Bruttoinvestitionen, real	8,2	5,2	3,2
Bruttoanlageinvestitionen, real	6,4	4,0	3,0
Ausrüstungsinvestitionen, real	7,3	5,0	3,5
Bauinvestitionen, real	5,5	3,0	2,5
Inlandsnachfrage, real	4,7	3,9	2,5
Exporte i. w. S., real	9,2	7,1	4,3
Waren, real (laut VGR)	13,9	3,6	3,5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-28,3	102,5	15,5
Importe i. w. S., real	10,4	6,7	4,1
Waren, real (laut VGR)	12,5	4,2	3,9
Reiseverkehr, real (laut VGR)	13,9	134,7	8,6
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2,3	2,0	1,1
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ⁱ	8,1	7,1	6,9
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ⁱ	6,4	5,5	5,3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2,1	3,3	2,8
Preisindex des BIP	1,5	2,4	2,0
Verbraucherpreisindex	2,8	2,8	1,9
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP ⁱ	-5,9	-1,9	-1,3
3-Monats-Euribor ⁱ	-0,5	-0,5	-0,1
10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen ⁱ	-0,3	0,1	0,3

ⁱabsolute Werte

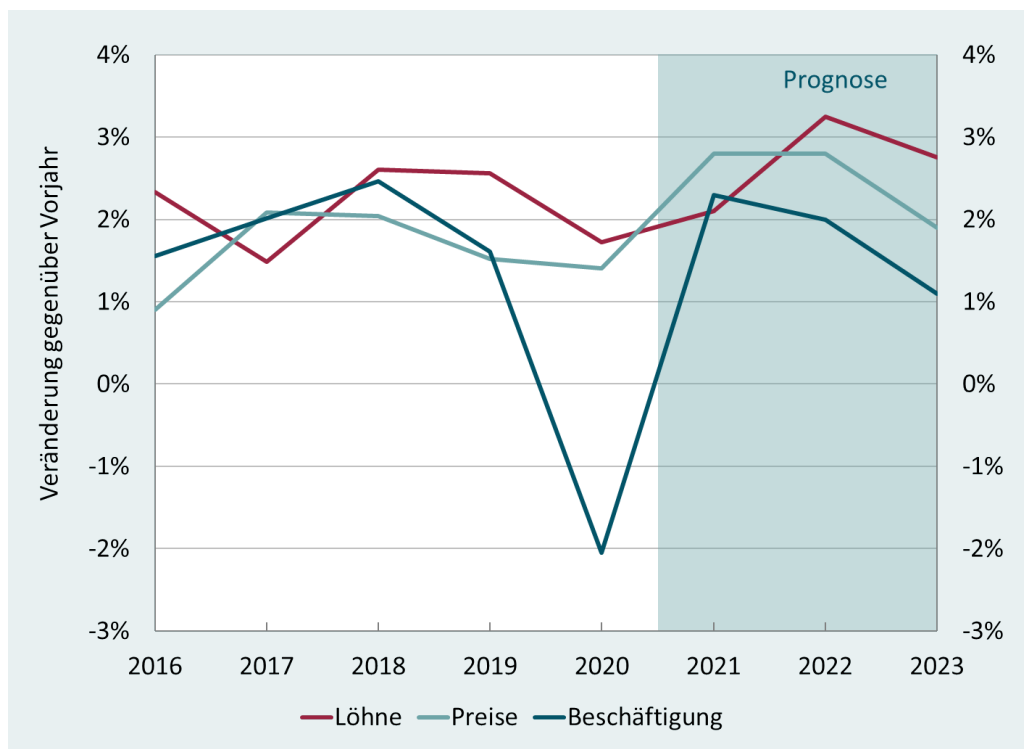
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real



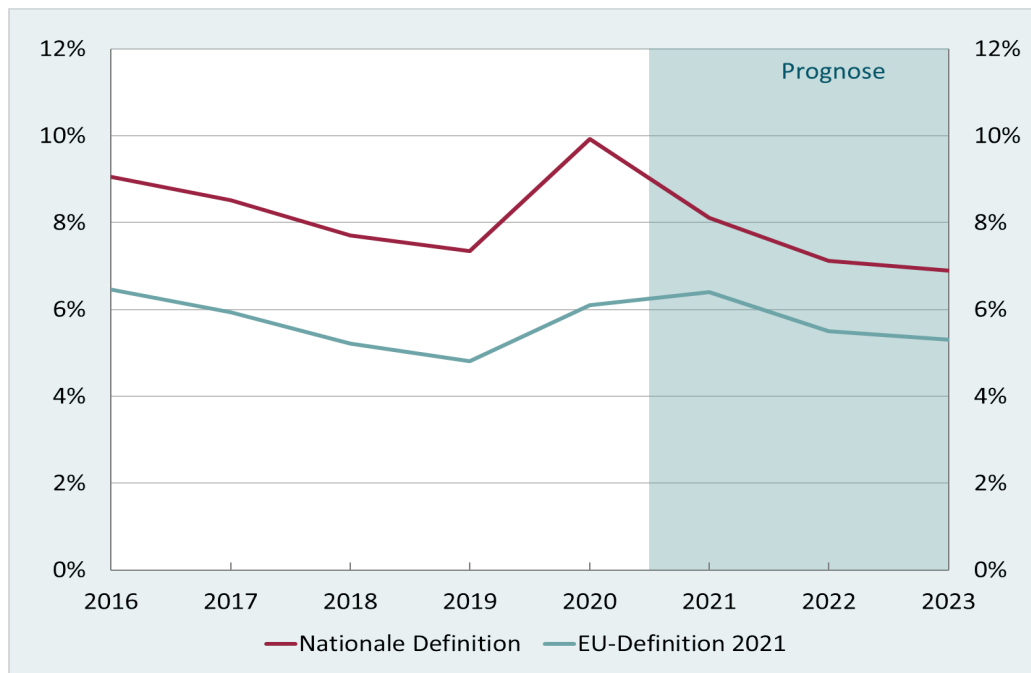
Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung



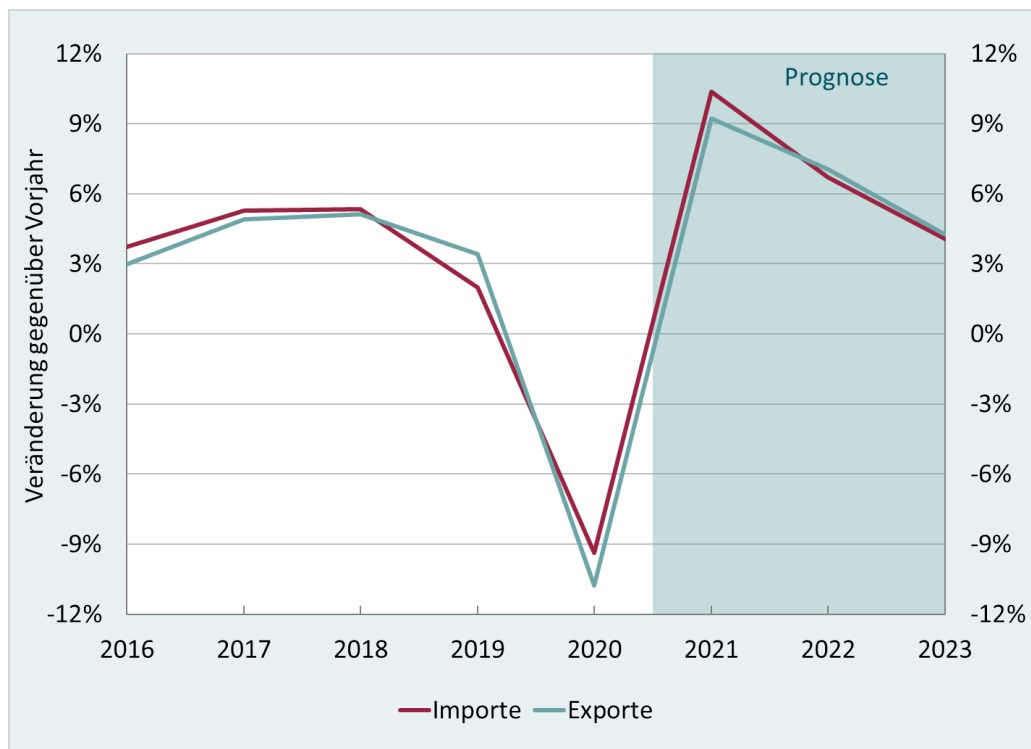
Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 3: Arbeitslosenquote



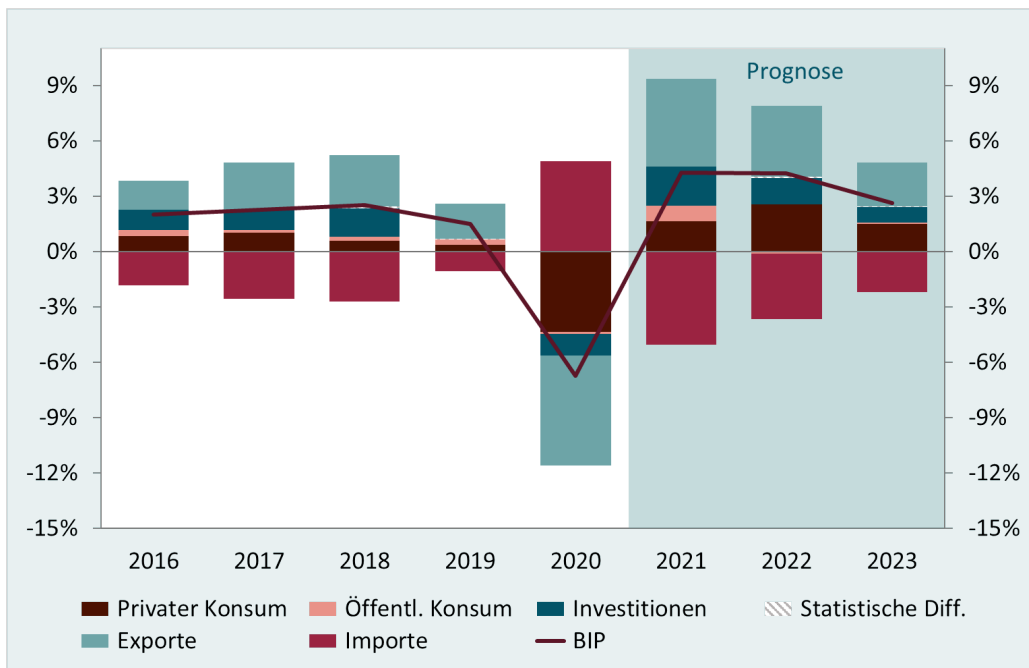
Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)



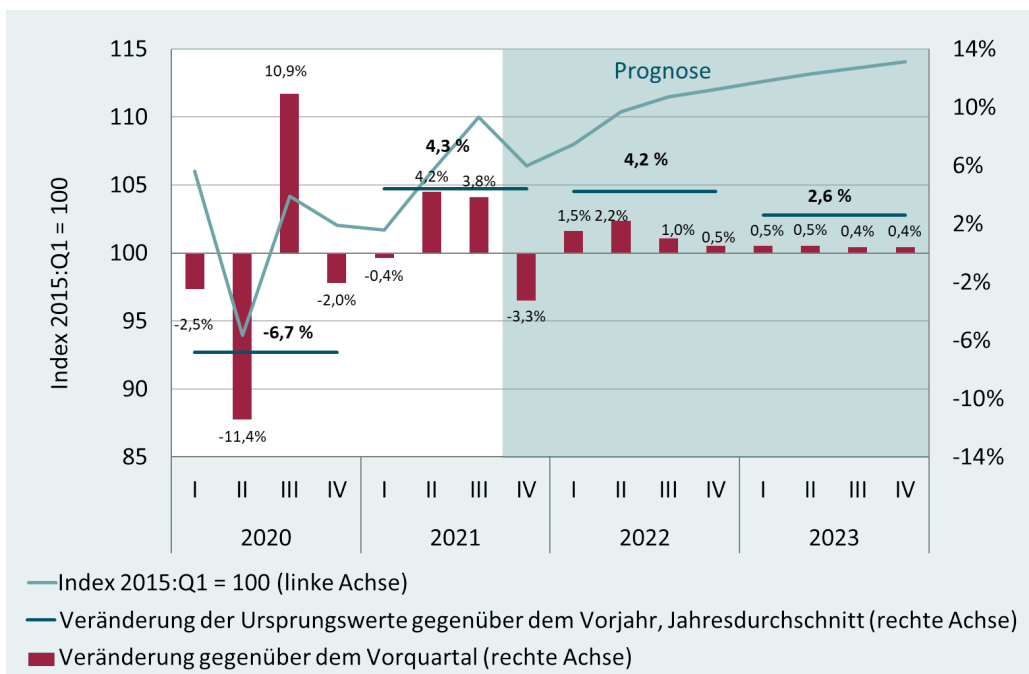
Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2021 Prognose des IHS

**Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt
saison- und kalenderbereinigter Verlauf**



Quellen: Statistik Austria, ab 4. Quartal 2021 Prognose des IHS

2 Die internationale Konjunktur

2.1 Überblick

Im dritten Quartal hat die Erholung der **Weltwirtschaft** an Schwung eingebüßt. Der starke Konjunkturaufschwung aus dem früheren Jahresverlauf verliert mittlerweile in vielen Industrieländern an Dynamik. Dies hat mehrere Ursachen. Gravierende Knappheiten bei Vorleistungsgütern bremsen die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe. Dies trifft die Automobilproduktion besonders stark. Die weltweite Industrieproduktion hatte bis März 2021 stark zugelegt, stagniert seitdem aber. Gemäß CPB-Daten war die Industrieproduktion im September um 0,2 % niedriger als im März. Dies ist sowohl in den Industrie- als auch in den Schwellenländern zu beobachten. In den konsumnahen Dienstleistungen, die im Frühjahr von Lockerungen der Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen profitiert hatten, kam es in manchen Ländern mit der Ausbreitung der Delta-Variante des Coronavirus zu erneuten Verschärfungen der Maßnahmen. Zudem traten mancherorts spezifische Belastungsfaktoren auf. So verlangsamte sich in China das Wachstum auch wegen der Probleme am Immobilienmarkt. In den USA trugen witterungsbedingte Produktionsausfälle sowie das Auslaufen fiskalischer Transferzahlungen zur konjunkturellen Abschwächung bei. Unter den Schwellenländern profitieren die rohstoffexportierenden Volkswirtschaften von den hohen Rohstoffpreisen. In vielen Ländern steht einem nachhaltigen Aufschwung aber die geringe Durchimpfung der Bevölkerung gegen das Coronavirus im Wege. Neue Infektionswellen ziehen dort daher oft starke Einschränkungen der wirtschaftlichen Aktivität nach sich. Dies zeigte sich zuletzt ab Ende November, als viele Länder auf die Entdeckung der Omikron-Variante des Coronavirus mit starken Einschränkungen des Reiseverkehrs mit den Ländern im südlichen Afrika mit negativen Folgen für den Tourismus und die Luftfahrtbranche reagierten.

Der private Konsum leidet unter dem inflationsbedingten Kaufkraftentzug. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat sich im Aggregat der OECD-Länder von einem Tiefstwert von 0,7 % im Mai 2020 auf 5,2 % im Oktober 2021 erhöht. Maßgeblich dafür waren die Energiepreise, zuletzt hat aber auch die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation auf 3,5 % angezogen. Auch wenn der Inflationsschub zum größten Teil temporärer Natur sein dürfte, lässt die Entwicklung auf vorgelagerten Stufen keinen raschen Rückgang der Inflationsraten erwarten. So stiegen im Oktober OECD-weit die Erzeugerpreise um 14,3 %, nachdem sie im Zeitraum März bis November 2020 noch gesunken waren. Gemäß dem Rohstoffpreisindex des Internationalen Währungsfonds (IWF) waren die Energiepreise im Oktober 2021 knapp viermal so hoch wie auf ihrem jüngsten Tiefpunkt im April 2020. Dies ist in erster Linie auf die Gaspreise

zurückzuführen. Der IWF-Teilindex für die Gaspreise hat sich seit seinem Tiefpunkt im Juni 2020 bis Oktober 2021 verzehnfacht. Auch wenn dies vor allem auf temporäre Faktoren wie einen windarmen Sommer in Europa und einen niedrigen Wasserstand einiger Flüsse in Lateinamerika zurückführen ist, was dazu führte, dass in den vergangenen Monaten ungewöhnlich viel Gas für die Stromerzeugung nachgefragt wurde, werden die Gaspreise wohl nur allmählich nachgeben. Auch die Preise für Kohle und Öl sind äußerst kräftig gestiegen. Ein Barrel Rohöl der Nordseesorte Brent kostete im November 2021 im Durchschnitt rund 81 US-Dollar und damit dreimal so viel wie im April 2020, als mit rund 27 US-Dollar je Barrel auf Monatsbasis der Tiefpunkt erreicht worden war. Damit kostete Öl auch bereits mehr als vor der Pandemie. Allerdings ist der Ölpreis derzeit sehr volatil. So kam es zu einem deutlichen Rückgang, als Ende November mehrere Länder Teile ihrer strategischen Ölreserven freigaben und die Ausbreitung der Omikron-Variante des Coronavirus Konjunktursorgen auslöste.

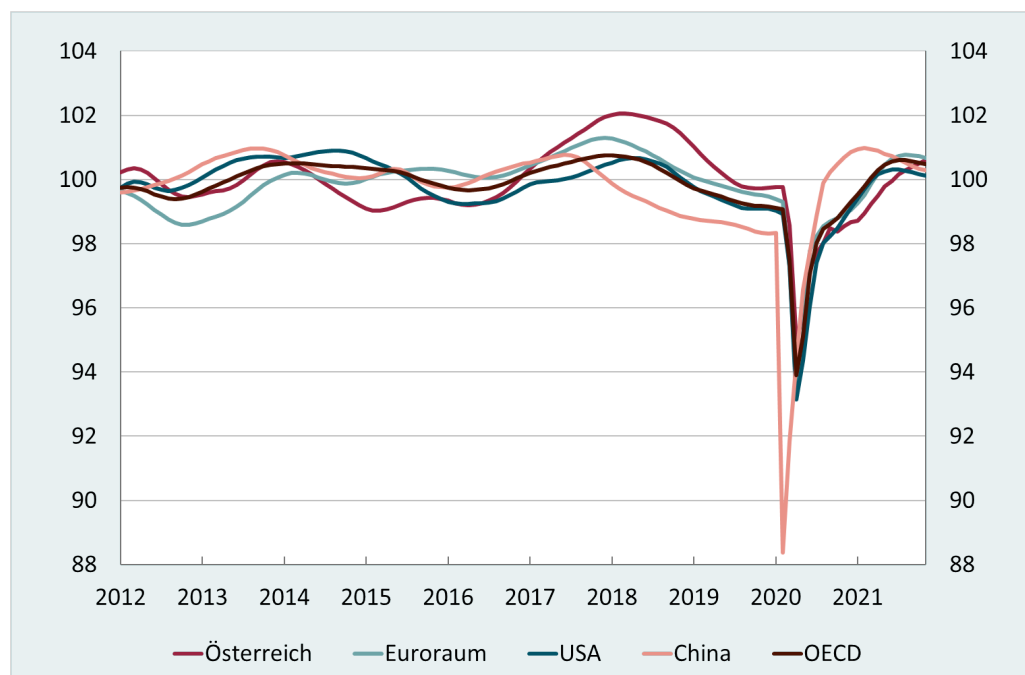
Der Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die Rohstoffpreise ihren Höhepunkt inzwischen überschritten haben. Für den Jahresdurchschnitt 2022 wird von einem Ölpreis von 68 US-Dollar, für 2023 von 65 US-Dollar je Barrel ausgegangen, nach 71 US-Dollar im Durchschnitt des Jahres 2021. Für den Wechselkurs zwischen dem Euro und dem US-Dollar wird unterstellt, dass er in den Jahren 2022 und 2023 bei 1,13 bzw. 1,14 liegen wird, nach einem Durchschnittswert von 1,18 im ablaufenden Jahr.

Monatlich verfügbare Indikatoren wie der OECD-Frühindikator (Abbildung 7) deuten darauf hin, dass sich die weltwirtschaftliche Erholung fortsetzt, zunächst aber mit wenig Schwung. Die globalen Lieferprobleme werden die Industrieproduktion noch bis weit in das kommende Jahr hinein bremsen. Mit dem Überwinden dieser Engpässe dürfte aber das Verarbeitende Gewerbe immer stärker den Aufschwung tragen. Wie schnell sich die konsumnahen Dienstleistungen und vor allem der weltweite Tourismus normalisieren, hängt vom Tempo des Impffortschritts auch in den Ländern ab, in denen die Durchimpfung momentan noch sehr gering ist. Außerdem bleibt abzuwarten, ob die Omikron-Variante des Coronavirus diesem Normalisierungsprozess im Wege steht. Insofern, als die Restriktionen in den Dienstleistungen aufgehoben werden, sollte sich auch das Konsummuster wieder normalisieren. Durch die Eindämmungsmaßnahmen in vielen Dienstleistungsbereichen war es im Verlauf der Pandemie zu Verschiebungen der Konsumnachfrage hin zu Waren gekommen, was teils auf begrenzte Produktionskapazitäten traf. Diese Ungleichgewichte sollten sich mit der Überwindung der Pandemie verringern, was auch den Preisauftrieb bei den Waren verringern sollte.

Die Erholung im Verarbeitenden Gewerbe hat dazu geführt, dass sich der Welthandel mit Waren bis zum Frühjahr deutlich belebt hat. Im März 2021 war der CPB-Welthandelsindex um 4,2 % höher als im Dezember 2020. Seitdem hat er sich wegen der Konjunkturabschwächung in China und der Lieferprobleme leicht abgeschwächt. So war

er im September um 2,2 % niedriger als im März. Aufgrund des kräftigen Anstiegs zu Jahresbeginn war der Warenhandel im Durchschnitt der ersten neun Monate 2021 um 11,5 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Der RWI/ISL-Containerumschlagindex deutet für den Rest des Jahres auf eine Seitwärtsbewegung des Welthandels hin, sodass für den Jahresdurchschnitt 2021 ein Anstieg um 9,5 % erwartet wird. In den kommenden Jahren dürfte sich das Wachstum des Welthandels jenem der globalen Wirtschaftsleistung annähern, wenn die pandemiebedingten Sondereffekte wie die erhöhte Warennachfrage ausgelaufen sind. In den beiden kommenden Jahren dürfte der Welthandel jeweils um 3,2 % zulegen.

Abbildung 7: OECD-Frühindikator



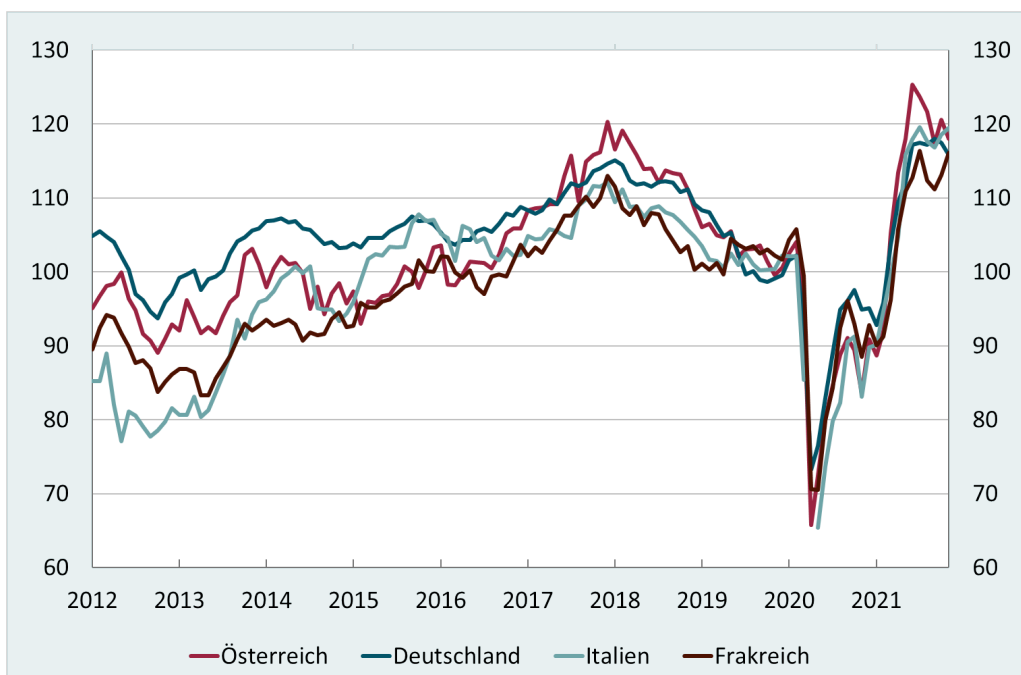
Quellen: OECD, Refinitiv Datastream

Im **Euroraum** hat sich die Konjunkturerholung fortgesetzt. Im zweiten und im dritten Quartal erhöhte sich die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung jeweils um 2,2 %. Damit war das Bruttoinlandsprodukt noch um 0,3 % niedriger als Ende 2019. Dabei war der Rückstand mit 6,6 % in Spanien am größten, während in elf Mitgliedsländern das Vorkrisenniveau bereits übertroffen wurde. Von den vier größten Volkswirtschaften hatte nur in Frankreich das Bruttoinlandsprodukt das Vorkrisenniveau wieder erreicht, während es in Deutschland und in Italien noch um 1,1 % bzw. 1,3 % darunter lag. Getragen wurde das Wachstum im dritten Quartal vor allem vom privaten Konsum. Auch der Außenhandel trug positiv zum Wachstum bei, während die Anlageinvestitionen sanken.

Die Lieferprobleme in der Industrie, die Ausbreitung der Omikron-Variante des Coronavirus und die hohe Inflation dürften eine Delle in der Konjunkturerholung in den kommenden Monaten verursachen. Darauf deuten Frühindikatoren wie der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (Abbildung 8) hin. Selbst in den Ländern mit einer hohen Impfquote wurden zuletzt Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen wieder verschärft. Insgesamt ist der Aufschwung aber intakt. Sobald die Infektionszahlen wieder zurückgehen und die Lieferengpässe überwunden werden, dürfte die Wirtschaft im Euroraum auf den Aufschwungspfad zurückkehren. Unterstützt wird die Konjunktur weiterhin durch die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Der EZB-Rat hat signalisiert, dass zumindest im Jahr 2022 keine Leitzinserhöhungen geplant sind, sofern nicht die Inflation hartnäckig hoch bleibt.

Zudem bleibt die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten unterstützend. Im Prognosezeitraum werden Mittel aus dem „Next Generation EU“-Programm fließen. Auch werden die Mitgliedstaaten nicht auf einen restriktiven Kurs einschwenken, sondern nach Überwindung der akuten Krise allmählich ihre Finanzpolitik konjunkturneutral ausrichten.

Abbildung 8: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI)



Anmerkung: Für Italien wird für April 2020 kein Wert ausgewiesen.

Quellen: Europäische Kommission, Refinitiv Datastream

Getrieben von den Preisen für Energie und Industrierohstoffe hat sich die Verbraucherpreisinflation im Euroraum im Jahresverlauf kräftig beschleunigt. Von August bis Dezember 2020 war die Inflation sogar negativ, was zu einem großen Teil auf

die temporäre Mehrwertsteuersenkung in Deutschland zurückzuführen war. Im Jänner 2021 sprang die Inflation dann auf 0,9 % und beschleunigte sich bis auf 4,9 % im November. Dass die Verbraucherpreise noch einige Zeit kräftig steigen dürften, signalisieren die industriellen Erzeugerpreise. Diese stiegen im Oktober um knapp 22 % im Vorjahresvergleich, wobei die Erzeugerpreise im Energiesektor um 62,5 % anzogen. Ohne den Energiesektor betrug der Preisauftrieb 8,9 %.

Der Arbeitsmarkt hat sich weitgehend von der Pandemie erholt. Im Oktober betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Euroraum 7,3 %. Sie war damit bereits um 0,1 Prozentpunkte niedriger als im Februar 2020, bevor die Pandemie den europäischen Arbeitsmarkt erreichte, und um 1,3 Prozentpunkte niedriger als auf ihrem Höhepunkt im August und September 2020. Die Zahl der Beschäftigten war im dritten Quartal noch um 0,2 % niedriger als Ende 2019. Besonders groß war der Rückstand mit 1,7 % in Spanien, während in Irland die Beschäftigung bereits um 4,3 % höher als vor der Krise war. Unter den vier größten Mitgliedsländern des Euroraums war die Beschäftigung in Frankreich um 0,7 % höher, in den übrigen Ländern noch niedriger als Ende 2019. Gemessen an der Arbeitszeit ist die Erholung des Arbeitsmarkts weniger weit fortgeschritten. Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden war im dritten Quartal 2021 noch um 2,5 % niedriger als vor der Pandemie.

In den Jahren 2022 und 2023 dürfte die Wirtschaftsleistung im Euroraum um 4,3 % bzw. 2,2 % zunehmen, nach 5,0 % im ablaufenden Jahr (Tabelle 2). Die Inflation wird wohl noch längere Zeit hoch bleiben und nur allmählich nachlassen. Die Arbeitsmarktlage dürfte sich weiter verbessern. In der EU-27 dürfte die Wirtschaftsleistung jeweils marginal stärker wachsen. Für die Gruppe der OECD-Länder werden Wachstumsraten von 5,1 % im heurigen, 3,9 % im kommenden und 2,3 % im übernächsten Jahr erwartet. Die globale Wirtschaftsleistung dürfte in den beiden kommenden Jahren um 4,4 % bzw. 3,0 % zulegen, nach 5,6 % im zu Ende gehenden Jahr.

Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent

	2020	2021	2022	2023
BIP-Wachstum	-6,4	5,0	4,3	2,2
Arbeitslosenquote	7,9	7,7	7,2	7,0
Inflation HVPI	0,3	2,6	2,5	1,8

Quellen: Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

Die Konjunkturrisiken sind weiterhin mehrheitlich abwärts gerichtet. Wie anfällig die Weltwirtschaft bezüglich neuer Corona-Infektionswellen oder gegenüber dem Auftreten neuer Virus-Varianten ist, haben die Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen in einigen europäischen Ländern im Herbst sowie die strikten Reisebeschränkungen nach

der Entdeckung der Omikron-Variante deutlich vor Augen geführt. Darüber hinaus entwickelt sich die Industrieproduktion umso schwächer, je länger die Verwerfungen in den globalen Lieferketten fortbestehen. Zudem könnte sich die Inflation als persistent erweisen, zu höheren Inflationserwartung führen und in einer Lohn-Preis-Spirale münden. Daraufhin könnten sich die Notenbanken gezwungen sehen, früher als bisher geplant die Geldpolitik zu straffen. Ein weiteres Konjunkturrisiko geht von China aus. Ein langer und tiefer Abschwung auf dem Immobilienmarkt würde die Wirtschaftsaktivität in China erheblich belasten. Dies hätte aufgrund der weltwirtschaftlichen Bedeutung Chinas Ausstrahlwirkungen auf andere Volkswirtschaften.

Es besteht aber auch die Möglichkeit, dass der globale Aufschwung stärker verläuft, etwa wenn die während des Lockdowns gebildeten Sparpolster stärker und schneller als unterstellt aufgelöst werden.

2.2 Länderprognosen

Nach dem starken Aufschwung im ersten Halbjahr 2021 hat sich das BIP-Wachstum in den **Vereinigten Staaten** im dritten Quartal auf 0,5 % gegenüber dem Vorquartal verlangsamt. Von der Abschwächung waren sowohl der Konsum der privaten Haushalte als auch die Bruttoanlageinvestitionen und die Exporte betroffen. Der zugrundeliegende Konjunkturaufschwung dürfte sich aber fortsetzen und die Dynamik dürfte seit dem Herbst wieder zugenommen haben. Die Erholung der Wirtschaft spiegelt sich in der positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt wider. Die Arbeitslosenquote sank seit dem Ausbruch der Pandemie kontinuierlich vom Höchststand im April 2021 (14,8 %) und erreichte im November 4,2 %. Das monatliche Jobwachstum bewegte sich mit über 600.000 Neustellen im Durchschnitt der letzten sechs Monate auf einem erhöhten Niveau. Der Anstieg der durchschnittlichen Stundenlöhne war in den letzten Monaten dynamisch (5,6 % im Oktober) und übertraf das Lohnwachstum vor der Corona-Krise.

Zugleich stieg die Inflation in den letzten Monaten mit einem rasanten Tempo und erreichte 6,2 % im Oktober. Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Inflationsrate ist angesichts coronabedingter Verwerfungen außergewöhnlich hoch. Einerseits ist davon auszugehen, dass sich die Produktions- und Verschiffungsengpässe und die Unterbrechungen von Lieferketten wieder auflösen, andererseits halten die Störungen bereits länger an als ursprünglich erwartet. Darüber hinaus erzeugt die Verknappung des Arbeitsangebots Aufwärtsdruck auf die Löhne. Dieser könnte aber wieder abnehmen, wenn Arbeitskräfte infolge der guten Entwicklung wieder auf den Arbeitsmarkt zurückkehren.

Die US-Notenbank (Fed) hat mit einer Straffung der Geldpolitik begonnen. Die Anleihekäufe werden seit November monatlich um 15 Milliarden US-Dollar reduziert.

Das Anleihekaufprogramm der Fed würde demnach voraussichtlich Mitte 2022 auslaufen. Zudem wurde der Beginn eines Leitzinsanhebungszyklus für nächstes Jahr in Aussicht gestellt. Die starke Nachfrage könnte die Inflation weiter anheizen, sowohl aufgrund des Sparüberhangs der privaten Haushalte, welcher noch abgebaut werden könnte, als auch durch die umfangreichen Fiskalmaßnahmen der Biden-Administration. Nach dem ersten Teil des Infrastrukturpakets in Höhe von 550 Milliarden US-Dollar, welcher im August verabschiedet wurde, wurde im November ein weiteres 2 Billionen US-Dollar umfassendes Fiskalpaket beschlossen. Während also die Fed ihren geldpolitischen Kurs strafft, bleibt die expansive Fiskalpolitik ein dominanter Treiber des Aufschwungs. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 5,8 % im laufenden Jahr und von 4,0 % bzw. 2,0 % in den Jahren 2022 und 2023.

In **Japan** sank die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0,9 % im Vergleich zum Vorquartal und nahm um 1,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal zu. Der vierte Corona-Notstand von Juli bis Ende September hat den privaten Konsum spürbar gedämpft, insbesondere in kontaktintensiven Dienstleistungsbereichen. Zusätzlich führten die Engpässe in den Lieferketten zu einer rückläufigen Industrieproduktion und sich abschwächenden Investitionen. Der öffentliche Konsum und die Nettoexporte trugen hingegen positiv zum BIP-Wachstum bei. Sowohl die Importe als auch die Exporte verringerten sich im dritten Quartal. Allerdings sanken die Importe stärker als die Exporte. Die Arbeitslosenquote blieb im Oktober mit 2,7 % auf einem niedrigen Niveau. Die Inflation betrug im Oktober 0,1 % und wurde hauptsächlich durch die stark rückläufigen Preise für Transport und Kommunikation und die Verlängerung des Corona-Notstands beeinflusst.

Für das vierte Quartal wird mit einer Beschleunigung der Erholung gerechnet. Dabei werden die Investitionen und die Konsumausgaben durch die expansive Finanz- und Geldpolitik unterstützt. Die Umsetzung des Konjunkturpakets mit einem Volumen von insgesamt rund 437 Mrd. Euro dürfte das Wachstum in den nächsten Monaten ankurbeln. Das Paket enthält Transferzahlungen für Familien mit Kleinkindern, Subventionen für KMU, die von der Pandemie stark betroffen sind, und beträchtliche Mittel zur Stärkung der Gesundheitsdienste sowie zur Verbesserung der Infektionsprävention. Eine Drosselung der Produktion in der Automobilindustrie infolge von Lieferengpässen könnte die Erholung hingegen etwas verlangsamen. Insgesamt wird das BIP im ablaufenden Jahr voraussichtlich um 2,5 % zulegen. Im Jahr 2022 dürfte die Wirtschaftsleistung, getrieben von einem stärkeren privaten Konsum, um 2,3 % steigen und im Jahr 2023 um 1,3 % expandieren.

In der **Volksrepublik China** expandierte die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 4,9 % im Jahresabstand und um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal. Trotz einer spürbaren Verlangsamung der Wirtschaftsdynamik im zweiten und im dritten Quartal wuchs das

BIP in den ersten neun Monaten des Jahres aufgrund des niedrigen Ausgangswerts um 9,8 % gegenüber dem Vorjahr. Das BIP-Wachstum wurde im dritten Quartal hauptsächlich vom privaten Konsum und den Nettoexporten getragen. Allerdings dämpften die strengen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus den Konsum. Zusätzlich belasteten die steigenden Rohstoffpreise und regionale Stromengpässe die Industrieproduktion. Chinas Nationale Entwicklungs- und Reformkommission (NDRC) hat eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um der Energieknappheit und dem Anstieg der Energiepreise entgegenzuwirken. Durch den verstärkten Kohleabbau, eine kräftige Steigerung der Kohleimporte sowie ein erhöhtes Stromangebot hat die Energieknappheit etwas nachgelassen. Die Dynamik der Exporte blieb trotz eines starken Yuan, einer schwächeren Nachfrage und höherer Kosten robust und stützte die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes. Die Bautätigkeit war rückläufig, da sich die Finanzierungsprobleme der Bauunternehmen verschärft haben. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Oktober um 1,5 % infolge steigender Transport- und Kommunikationspreise.

Nach einer Expansion um voraussichtlich 8,3 % im ablaufenden Jahr wird die chinesische Wirtschaft in der Prognoseperiode an Fahrt verlieren. Die hohen Rohstoff- und Energiekosten, die Energieknappheit sowie die Immobilienkrise bremsen die Wirtschaftsleistung. Infolgedessen setzte die chinesische Regierung das Wachstumsziel für das nächste Jahr von rund 5 % herab. Die Expansion der Wirtschaftsleistung dürfte in den Jahren 2022 und 2023 5,3 % bzw. 5,0 % betragen. Von den Olympischen Winterspielen im Februar 2022 dürften nur schwache wirtschaftliche Impulse ausgehen, da pandemiebedingt nur chinesisches Publikum teilnehmen darf.

In **Deutschland** hat sich die wirtschaftliche Erholung im Sommer abgeschwächt. Nach einem Anstieg um 2,0 % im zweiten Quartal nahm das saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 1,7 % zu. Damit war die Wirtschaftsleistung noch um 1,1 % niedriger als Ende 2019. Getragen wurde die Erholung von den Konsumnahmen Dienstleistungen, die von der Aufhebung der meisten Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen profitierten. Infolge der Lieferprobleme bei Vor- und Zwischenprodukten ging die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft hingegen zurück. Wegen des Mangels an Vorprodukten und zunehmend auch an Arbeitskräften konnten die hohen Auftragsbestände nur teilweise abgearbeitet werden. Auf der Nachfrageseite wurde der private Konsum kräftig ausgeweitet. Außer den Investitionen in sonstige Anlagen waren alle übrigen Nachfragekomponenten, also der Staatskonsum, die Anlageinvestitionen sowie die Exporte und die Importe, im dritten Quartal rückläufig.

Der Arbeitsmarkt hat sich weiter erholt. Im November war die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (nationale Definition) mit 5,3 % nur noch um 0,3 Prozentpunkte

höher als im Februar 2020, bevor sich die Corona-Pandemie auf den deutschen Arbeitsmarkt auszuwirken begann. Die Zahl der Beschäftigten war im Oktober saisonbereinigt um 0,9 % niedriger als im Februar 2020, aber bereits um 0,8 % höher als auf ihrem Tiefpunkt im Juni 2020. Die Lieferkettenprobleme in der Industrie und die neuerlichen pandemiebedingten Einschränkungen bei den Dienstleistungen führten dazu, dass im November 2021 erstmals seit Februar wieder mehr Beschäftigte in Kurzarbeit waren. Nach einer Schätzung des ifo Instituts betraf dies rund 600.000 Personen bzw. 1,8 % aller Beschäftigten, verglichen mit knapp 6 Millionen im April 2020 auf dem Höhepunkt der Corona-Krise.

Die Inflation beschleunigte sich im Jahresverlauf kräftig. Hatten die Verbraucherpreise im Jänner um 1,0 % im Vorjahresvergleich zugenommen, so betrug der Preisanstieg im November 5,2 %. Einen höheren Wert gab es zuletzt während des Wiedervereinigungsbooms im Juni 1992 mit 5,8 %. Der größte Teil der Inflation ist temporärer Natur. So sind die Energiepreise, die im Vorjahr pandemiebedingt stark gefallen waren und nun im Zug der weltweiten Konjunkturerholung wieder kräftig gestiegen sind, der Hauptinflationstreiber. Zudem lief mit Jahresende 2020 die temporäre Mehrwertsteuersenkung aus. Diese Faktoren werden im kommenden Jahr wegfallen, sodass sich der Preisauftrieb deutlich verringern dürfte. Allerdings gibt es auch Faktoren, die eine strukturell höhere Inflation als in der Vergangenheit erwarten lassen. Hierzu zählen der angelegte steigende Pfad der CO₂-Bepreisung sowie die demografiebedingt zunehmende Knappheit auf dem Arbeitsmarkt.

Angesichts der stark steigenden Zahl von Neuinfektionen mit dem Coronavirus dürfte es im Winter zu einem neuerlichen Rückschlag bei der Wertschöpfung im Handel und in den kontaktintensiven Dienstleistungen kommen, sei es infolge behördlicher Einschränkungen oder freiwilliger Verhaltenspassungen zur Verringerung des Ansteckungsrisikos. Auch von der Industrie ist keine nennenswerte Konjunkturunterstützung zu erwarten, da die Lieferprobleme in weiten Bereichen noch länger fortbestehen dürften. Darauf deutet auch der ifo Geschäftsklimaindex hin, der im November bereits den fünften Monat in Folge gesunken ist. Erst mit dem Wegfall dieser Belastungsfaktoren ist ab dem Frühjahr mit einer spürbaren Konjunkturerholung zu rechnen. Daher erwartet das Institut, dass das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 4,3 % bzw. 1,7 % steigen wird, nach 2,7 % im ablaufenden Jahr.

Nach dem Konjunctureinbruch im vergangenen Jahr hat sich in **Italien** der Wirtschaftsaufschwung, welcher im Frühjahr einsetzte, auch über den Sommer fortgesetzt. Im dritten Quartal 2021 wurde ein BIP-Zuwachs von 2,6 % gegenüber dem Vorquartal ausgewiesen, was nach dem zweiten Quartal (2,7 %) erneut einen starken Anstieg darstellte. Der Aufschwung wird sowohl durch die Erholung der Inlandsnachfrage als auch durch das Exportwachstum angetrieben. Der Einzelhandel

konnte nach dem Ende der pandemiebedingten Schließungen im Frühsommer wieder aufholen und die Einzelhandelsumsätze lagen im dritten Quartal bereits um 2,4 % über der Vergleichsperiode vor der Corona-Krise. Der ausländische Sommertourismus hat zwar nach dem Einbruch im letzten Sommer wieder stark zugenommen, die ausländischen Ankünfte lagen aber im Juli noch um rund 45 % unter dem Vergleichsmonat im Jahr 2019. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahresbeginn rückläufig und erreichte im Oktober 9,4 %, allerdings lag auch die Beschäftigung um etwa 400.000 Personen unter dem Vorkrisenniveau. Angesichts des Aufschwungs sowie einer hohen Impfquote und einer bislang moderaten Entwicklung der vierten Corona-Welle weisen die Stimmungsumfragen im November auf eine sich fortsetzende Erholung hin. Unterstützt durch die umfangreichen „Next Generation EU“-Mittel in Höhe von knapp 200 Mrd. Euro für den nationalen Wiederaufbauplan (*Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza*), wovon mit 24,9 Mrd. Euro die erste Tranche im August ausbezahlt wurde, sollte Italien auf einem soliden Wachstumspfad bleiben. Das Institut erwartet für das Jahr 2021 ein BIP-Wachstum von 6,0 % und Zuwächse von 4,2 % bzw. 2,0 % in den Jahren 2022 und 2023.

In **Frankreich** hat sich die Konjunkturdynamik in den letzten Monaten signifikant beschleunigt. Nachdem die Wirtschaft bereits nach der Öffnung im Frühjahr zu einer Erholung angesetzt hatte, betrug das BIP-Wachstum im dritten Quartal 3,0 % gegenüber dem Vorquartal. Sowohl der private Konsum als auch die Bruttoanlageinvestitionen und die Nettoexporte sind von dem Aufschwung erfasst. Die seit dem Ausbruch der Corona-Krise erhöhte Sparquote der Haushalte lag auch im zweiten Quartal 2021 noch über 20 %. Es ist davon auszugehen, dass eine Verringerung in Richtung des langfristigen Durchschnitts von rund 15 % erfolgen wird und folglich der Konsum der Haushalte weiterhin ein Treiber des Aufschwungs bleibt. Während sich der Dienstleistungsbereich schnell erholte und die Bruttowertschöpfung bereits das Vorkrisenniveau übersteigt, wird der Aufschwung in der Industrie durch Lieferengpässe gedämpft. In der Unternehmensumfrage der *Banque de France* gaben im Oktober mehr als 80 % der Unternehmen im Automobilsektor an, mit Lieferengpässen konfrontiert zu sein. Für die gesamte Industrie lag der Anteil knapp über 50 %. Nahezu die Hälfte der Unternehmen beklagte in der Umfrage auch einen Arbeitskräftemangel. Die Arbeitslosenquote war zuletzt rückläufig und hat sich vom Höchststand von 9,0 % im Herbst vergangenen Jahres wieder auf 7,6 % im Oktober zurückbewegt. Ein fiskalischer Konjunkturimpuls wird vom mittelfristigen Wiederaufbauplan (*France Relance*) ausgehen, welcher sich auf 100 Mrd. Euro beläuft. Von den 40 Mrd. Euro, welche die EU beisteuert, wurde im August mit 5,1 Mrd. Euro die erste Tranche ausbezahlt. Das Institut rechnet im laufenden Jahr mit einem BIP-Wachstum von 6,5 % und um 4,0 % bzw. 2,0 % in den Jahren 2022 und 2023.

Das Bruttoinlandsprodukt im **Vereinigten Königreich** ist im vergangenen Jahr um 9,7 % geschrumpft und im dritten Quartal des laufenden Jahres, nach einem kräftigen Anstieg im Vorquartal, nur moderat gewachsen (1,3 % gegenüber dem Vorquartal). Das Vor-krisenniveau sollte im ersten Quartal 2022 erreicht werden. Die Industrieproduktion trug im dritten Quartal positiv zum Wachstum bei, während der Bausektor schrumpfte. Der Arbeitsmarkt hat sich deutlich erholt und die Zahl der offenen Stellen erreichte im September ein Rekordniveau von fast 1,2 Millionen. Die Beschäftigung nimmt zu und die Arbeitslosigkeit ist seit Jänner rückläufig. In den von der Pandemie besonders stark betroffenen Sektoren zeigt sich vermehrt ein Arbeitskräftemangel. Dies betrifft insbesondere das Gastgewerbe und die Hotellerie, den Groß- und Einzelhandel sowie den Bereich Verkehr und Logistik. Der Arbeitskräftemangel wird durch die strengeren Handels- und Einwanderungsbeschränkungen nach dem Austritt aus dem EU-Binnenmarkt zusätzlich verschärft. Der Austritt impliziert auch langsamer wachsende Exporte und Importe, wobei die Nettoexporte das Wachstum eher bremsen werden. Zusätzlich belastet die Störung bei internationalen Lieferketten die Produktion. Der Markit/CIPS-Stimmungsindikator für das Verarbeitende Gewerbe hat sich zuletzt nicht wesentlich verändert, jener für den Dienstleistungssektor ist leicht gestiegen. Beide Indikatoren lagen im November mit Werten von 58,1 Punkten (Verarbeitendes Gewerbe) bzw. 58,5 Punkten (Dienstleistungen) deutlich über der Wachstumsschwelle von 50 Punkten.

Ein sprunghafter Anstieg der Energiepreise in Verbindung mit einem Angebots- und Arbeitskräftemangel hat die Inflation im Oktober mit 4,2 % deutlich über das Zwei-Prozent-Ziel der *Bank of England* klettern lassen. Auch die Inflationserwartungen sind deutlich gestiegen. Dies hat die Notenbank dazu veranlasst, eine baldige Zinserhöhung in Aussicht zu stellen. Die wichtigsten coronabedingten Stützungsmaßnahmen (*Corona-virus Job Retention Scheme, Self Employment Income Support Scheme*) wurden im September beendet, andere laufen langsam aus, etwa der reduzierte Mehrwertsteuersatz für bestimmte Branchen (Gastgewerbe, Hotellerie, kulturelle Veranstaltungen). Fiskalpolitisch hat Premier Johnson für die kommenden Jahre eine Straffung angekündigt. So sollen etwa im kommenden Jahr die Sozialversicherungsbeiträge und im Jahr 2023 die Körperschaftsteuer erhöht werden. Zusätzlich werden die Schwellenwerte zur Bemessung der Einkommensteuer eingefroren, was de facto eine leichte Steuererhöhung für private Haushalte bedeutet. Der Konsum sollte im Prognosezeitraum die wichtigste Wachstumsstütze sein. Die Unternehmensinvestitionen dürften sich verbessern, werden aber weiterhin durch die Unsicherheit in Folge des Brexit beeinträchtigt. Höhere Grenzabfertigungskosten nach dem Austritt aus dem EU-Binnenmarkt belasten die Importe und Exporte. Die Arbeitslosigkeit dürfte weiter zurückgehen. Alles in allem sollte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum um 6,9 %, 5,1 % bzw. 1,9 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung der **Schweiz** hat sich im vergangenen Jahr mit einem Rückgang von 2,4 % vergleichsweise gut entwickelt und ist im dritten Quartal des laufenden Jahres um 1,7 % (gegenüber dem Vorquartal) gewachsen. Damit lag das BIP bereits um rund 1 % über dem Vorkrisenniveau des vierten Quartals 2019. Aufgrund weiterer Lockerungen der Corona-Maßnahmen erholten sich insbesondere jene Bereiche, die zuvor besonders stark von den Einschränkungen betroffen waren, nämlich Gastgewerbe und Kunst, Unterhaltung und Erholung. Die Einzelhandelsumsätze gingen nach dem sprunghaften Anstieg im Vorquartal wieder etwas zurück. Insgesamt entwickelte sich der private Konsum weiterhin sehr kräftig, während die Investitionen in Bauten stagnierten und jene in Ausrüstungen leicht rückläufig waren. Teile der Industrieproduktion gaben aufgrund der Störungen bei globalen Lieferketten etwas nach (etwa Metallerzeugnisse und Fahrzeuge), die chemisch-pharmazeutische Industrie konnte allerdings weiter kräftig expandieren. Die Frühindikatoren deuten auf weitere Zuwächse im Industrie- und im Dienstleistungssektor hin, wenn auch die entsprechenden Indizes zuletzt leicht rückläufig waren. Der Einkaufsmanagerindex der Industrie etwa betrug im November 62,5 Punkte und lag damit deutlich unterhalb seines historischen Höchststandes von 71,1 Punkten im Juli. Auch der Einkaufsmanagerindex des Dienstleistungssektors lag deutlich über der Wachstumsschwelle. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter entspannt und die nationale Arbeitslosenquote ist nach ihrem Höchststand im Jänner (3,7 %) kontinuierlich zurückgegangen. Im November betrug sie 2,5 %, dies ist der niedrigste Wert seit Februar des vergangenen Jahres.

Die gegenwärtig stark steigenden Zahlen neu infizierter Personen in Kombination mit der niedrigen nationalen Impfquote – rund 66 % der Gesamtbevölkerung war Anfang Dezember vollständig immunisiert – erhöhen die Gefahr künftiger coronabedingter Einschränkungen. Auch das KOF-Konjunkturbarometer deutet auf eine Abschwächung der wirtschaftlichen Erholung hin. Die jüngsten Daten vom November zeigen einen Höchststand im Mai und seitdem einen leichten Rückgang. Die Schweizerische Nationalbank setzt ihren expansiven Kurs mit einem Leitzins von –0,75 % fort und ist ebenso weiterhin bereit, am Devisenmarkt zu intervenieren, um dem Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken entgegenzuwirken. Angesichts der hohen Energiepreise hat die Inflation zuletzt zugenommen, dürfte aber in den kommenden Jahren moderat bleiben. Insgesamt erwartet das Institut im Prognosezeitraum ein BIP-Wachstum von 3,5 %, 3,2 %, und 1,9 %.

Nach der kräftigen Erholung der Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal schwächte sich das BIP-Wachstumstempo der **mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)** im dritten Quartal ab. Während der private Konsum von der Lockerung der Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen im Sommer profitierte, entwickelte sich die Industrieproduktion aufgrund von Lieferengpässen bei Vorprodukten in den Ländern mit einem

hohen Anteil der Automobilindustrie am BIP im Vorjahresvergleich rückläufig. Da sich in den meisten Ländern die Importe schneller ausweiteten als die Exporte, die unter einer niedrigen Auslandsnachfrage litten, trugen die Nettoexporte im dritten Quartal in allen Ländern, außer Kroatien, negativ zum BIP-Wachstum bei.

Aufgrund des infolge stark steigender Löhne und Energie- und Lebensmittelpreise zunehmenden Inflationsdrucks wurde die Geldpolitik im Laufe dieses Jahres in Tschechien, Ungarn, Rumänien und Polen mehrmals gestrafft. Die Inflation dürfte in den nächsten Monaten hoch bleiben und sich erst in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres aufgrund eines Basiseffekts etwas abschwächen. Mit weiteren Zinserhöhungen ist zu rechnen.

Insgesamt ist im ablaufenden Jahr ein durchschnittlicher Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den MOEL-5 um 4,7 % zu erwarten. In den kommenden zwei Jahren dürfte der private Konsum ein wesentlicher Motor des Aufschwungs bleiben. Zusätzlich werden die Auszahlungen aus dem EU-Haushalt 2021 bis 2027 und insbesondere Zahlungen für Investitionsvorhaben im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms die Wirtschaftsleistung in den mittel- und osteuropäischen Ländern substanziell unterstützen. Da die Arbeitslosigkeit bereits das Vorkrisenniveau erreicht hat, stellt der Arbeitskräftemangel in den kommenden Jahren eine große Herausforderung dar, insbesondere in Hinblick auf die Alterung der Bevölkerung. Alles in allem dürfte in den Jahren 2022 und 2023 die Wirtschaftsleistung der MOEL-5 um 4,7 % bzw. 4,0 % expandieren.

In **Tschechien** stieg das BIP im dritten Quartal um 1,5 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich nahm es um 3,1 % zu. Das BIP-Wachstum wurde vom privaten und öffentlichen Konsum sowie dem Lageraufbau getragen. Materialengpässe, insbesondere in der Automobilindustrie, führten zu einer Erhöhung der Lagerbestände von halbfertigen Produkten. Infolge hoher Energiepreise fuhren einige Unternehmen ihre Produktion zurück und die Inflationsrate erhöhte sich auf 4,8 % im Oktober. Die Arbeitslosenquote blieb mit 2,6 % im Oktober niedrig. Die Inlands- und die Auslandsnachfrage dürften die Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum stützen. Andauernde Unterbrechungen in den europäischen Automobil-Lieferketten aufgrund einer Knappheit von elektronischen Bauteilen könnten die Erholung hingegen bremsen. Nach einer Expansion um 2,8 % im ablaufenden Jahr dürfte sich die BIP-Dynamik in den Jahren 2022 und 2023 auf 4,0 % bzw. 3,5 % beschleunigen.

In **Ungarn** trug im dritten Quartal die Inlandsnachfrage das BIP-Wachstum. Die Wirtschaftsleistung erhöhte sich um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal. Im Vorjahresvergleich nahm sie um 6,1 % zu. Eine Kombination aus angebotsseitigem Preisdruck und starker Nachfrage verstärkte den Inflationsdruck und die Teuerungsrate

erhöhte sich auf 6,6 % im Oktober. Die Arbeitslosenquote sank im Oktober auf 3,9 %. Das rasche Lohnwachstum, die Anhebung des Mindestlohns ab 2022 und hohe Transferzahlungen sollten den privaten Konsum im nächsten Jahr unterstützen. Die in den Vorjahren aufgebauten neuen Produktionskapazitäten dürften die Exporte stützen. Nach einer Zunahme um 6,8 % im ablaufenden Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 und 2023 um 5,0 % und 4,0 % expandieren.

Im dritten Quartal erhöhte sich in **Polen** die Wirtschaftsleistung infolge einer dynamischen Inlandsnachfrage um 2,3 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 5,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Arbeitslosenquote blieb im Oktober mit 3,4 % nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund steigender Preise für Energie und Dienstleistungen erhöhte sich die Inflation im Oktober auf 6,4 %. Um den Preissteigerungen entgegenzuwirken, wird die Regierung im Jahr 2022 Maßnahmen in Höhe von 0,4 % des BIP umsetzen. Diese beinhalten eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas und Elektrizität für den Zeitraum Jänner bis März, die Senkung der Verbrauchssteuer auf Kraftstoff sowie die Abschaffung der Emissionsabgabe für den Zeitraum Jänner bis Mai. In den drei Prognosejahren sollten die öffentlichen Investitionen, zusammen mit dem privaten Konsum, das BIP-Wachstum stützen. Verzögerungen bei der Genehmigung und Freigabe der „Next Generation EU“-Mittel aufgrund der Spannungen mit der EU-Kommission sowie die anhaltenden Engpässe auf der Angebotsseite, die neben der Automobilbranche möglicherweise auch andere Sektoren stärker betreffen, könnten die Wirtschaftsdynamik im nächsten Jahr bremsen. Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem und im nächsten Jahr jeweils um 5,0 % und im Jahr 2023 um 4,3 % zunehmen.

In der **Slowakei** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 1,3 % gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres. Impulse kamen neben dem privaten Konsum auch vom Lageraufbau, während die Nettoexporte und die Investitionen zurückgingen. Die Arbeitslosenquote lag im Oktober bei 6,3 % und damit um 0,8 Prozentpunkte unter dem Oktober-Niveau des Vorjahres. Die Inflation erhöhte sich im Oktober infolge höherer internationaler Transportkosten auf 4,4 %. Die Erholung des privaten Konsums und der Investitionen sowie die Belebung der Auslandsnachfrage dürften das BIP-Wachstum im Prognosezeitraum stützen. Lieferengpässe bei Vorprodukten in der Automobilindustrie könnten die Expansion hingegen bremsen. Nach einer Erhöhung um voraussichtlich 3,0 % im ablaufenden Jahr dürfte das BIP in den nächsten zwei Jahren um 4,8 % bzw. 4,0 % wachsen.

Aufgrund der starken Inlandsnachfrage expandierte das BIP in **Slowenien** im dritten Quartal um 1,3 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 4,8 % im Vorjahresvergleich. Die Teuerungsrate erhöhte sich und betrug im Oktober 3,5 %. Die Arbeitslosigkeit

verringerte sich auf 4,8 % im Oktober, was einer Reduktion um 0,3 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich entspricht. Die Inlandsnachfrage dürfte der wichtigste Wachstumsmotor im Prognosezeitraum bleiben, da der private Konsum aufgrund des sich stabilisierenden Arbeitsmarkts und des sich verbessernden Vertrauens der KonsumentInnen weiter zunehmen dürfte. Gestützt durch EU-Mittel wird auch die Investitionstätigkeit lebhaft bleiben. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2022 und 2023 um 4,5 % bzw. um 3,5 % expandieren, nach einer Zunahme um 6,8 % im ablaufenden Jahr.

Im dritten Quartal erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal bzw. um 8,1 % im Vorjahresvergleich. Die Industrieproduktion wurde durch die Engpässe in den globalen Produktions- und Lieferketten stark beeinträchtigt, wobei die Automobilindustrie am stärksten betroffen war. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Oktober um 0,2 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich auf 5,3 %. Die Inflation beschleunigte sich aufgrund steigender Energiepreise und betrug im Oktober 6,5 %. Die starke Steigerung der Lohnstückkosten erhöhte den Inflationsdruck zusätzlich. Konjunkturstützend wirken in der Prognoseperiode neben der expansiven Fiskalpolitik, die weitere Transferleistungen vorsieht, auch eine Erhöhung des Mindestlohns sowie die EU-Mittel, die in den Jahren 2022 und 2023 für Infrastrukturinvestitionen eingesetzt werden. Getragen von der Inlandsnachfrage dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 und 2023 um 5,0 % bzw. 4,8 % expandieren, nach einer Zunahme um 6,8 % im ablaufenden Jahr.

Getrieben von den Warenexporten, den Exporten von Dienstleistungen (hauptsächlich Tourismus) und der Inlandsnachfrage nahm das Bruttoinlandsprodukt in **Kroatien** im dritten Quartal um 15,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Im Vorquartalsvergleich erhöhte es sich um 2,7 %. Die Lockerung der Reisebeschränkungen hat im Sommer zu einer Belebung des Tourismus geführt. Infolgedessen sank die Arbeitslosigkeit um 1,5 Prozentpunkte auf 7,0 % im Oktober. Nach einer negativen Entwicklung im Vorjahr erhöhte sich die Inflationsrate im Oktober auf 3,9 %. Im ablaufenden und im nächsten Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt infolge einer starken Erholung der Inlandsnachfrage und des Tourismus voraussichtlich um 9,0 % bzw. 4,3 % zunehmen. Im Jahr 2023 dürfte das BIP-Wachstum 4,0 % betragen.

Im dritten Quartal wuchs die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 0,6 % im Vorquartalsvergleich bzw. um 4,6 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Dabei blieb die Arbeitslosenquote im Oktober mit 5,3 % auf dem Vorjahresniveau. Die Inflation erhöhte sich infolge höherer Energie- und Nahrungsmittelpreise auf 5,2 % im Oktober. Die zunehmende Dynamik der Investitionen und des privaten Konsums, gestützt von steigenden Löhnen und niedrigen Zinsen, sowie eine Belebung des Tourismus dürften

das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 4,3 % bzw. um 3,5 % erhöhen. Im ablaufenden Jahr wird das BIP-Wachstum voraussichtlich 3,0 % betragen.

In **Russland** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 4,3 % im Vorjahresvergleich. Getragen wurde die Entwicklung durch eine Erholung der Investitionen und des privaten Konsums, gestützt durch den raschen Zuwachs der verfügbaren Einkommen der Haushalte. Die starke globale Rohstoffnachfrage führte zu einer kräftigen Zunahme der Industrieproduktion und der Exporte. Die Produktion der Ölindustrie erholte sich und lag im September nur noch marginal unter dem Niveau von vor zwei Jahren. Zugleich stiegen die Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe zum Teil kräftig. Auch die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe war in den letzten Monaten deutlich höher als vor zwei Jahren. Die Erholung der Inlands- wie der Auslandsnachfrage führte im Laufe des Jahres zu einer deutlichen Zunahme der Inflation, die im Oktober 8,1 % betrug. Um den Inflationsanstieg einzudämmen, hob die Zentralbank den Leitzins im Laufe des Jahres mehrmals an, zuletzt Ende Oktober auf 7,50 %. Die Arbeitslosigkeit sank auf 4,3 % im Oktober.

Die kräftige globale Nachfrage nach Rohstoffen, die Erhöhung der Öl-Fördermenge im Rahmen des OPEC+-Produktionsabkommens und dessen Auslaufen im nächsten Jahr dürften die Exporttätigkeit im Prognosezeitraum steigern. Auch die Investitionen werden voraussichtlich zügig expandieren – auch vor dem Hintergrund der Umsetzung von 15 Projekten zur Unterstützung der Nationalen Ziele für 2030. Für die Umsetzung dieser Projekte sind in den Jahren 2021 bis 2024 jährlich 4–5 Billionen Rubel (3–4 % des BIP) vorgesehen. Etwa zwei Drittel des Geldes sollen aus dem föderalen Haushalt finanziert werden. Die meisten Haushaltsmittel sollen in den Straßenbau und andere Infrastrukturprojekte sowie in soziale Transferleistungen fließen. Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 und 2023 um 2,8 % bzw. 2,3 % expandieren, nach einer Zunahme um 4,0 % im ablaufenden Jahr.

Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen
Veränderungen gegenüber Vorjahr in Prozent

	2019	2020	2021	2022	2023
BIP, real					
Deutschland	1,1	-4,6	2,7	4,3	1,7
Italien	0,4	-8,9	6,0	4,2	2,0
Frankreich	1,8	-7,9	6,5	4,0	2,0
Vereinigtes Königreich	1,7	-9,7	6,9	5,1	1,9
Schweiz	1,2	-2,4	3,5	3,2	1,9
USA	2,3	-3,4	5,8	4,0	2,0
Japan	0,0	-4,6	2,5	2,3	1,3
China	6,0	2,3	8,3	5,3	5,0
Polen	4,7	-2,5	5,0	5,0	4,3
Slowakei	2,6	-4,4	3,0	4,8	4,0
Tschechien	3,0	-5,8	2,8	4,0	3,5
Ungarn	4,6	-4,7	6,8	5,0	4,0
Slowenien	3,3	-4,2	6,8	4,5	3,5
MOEL-5 ⁱ	4,1	-3,7	4,7	4,7	4,0
Bulgarien	4,0	-4,4	3,0	4,3	3,5
Rumänien	4,2	-3,9	6,8	5,0	4,8
Kroatien	3,5	-8,1	9,0	4,3	4,0
Russland	2,0	-3,0	4,0	2,8	2,3
Euroraum	1,6	-6,4	5,0	4,3	2,2
NMS-6 ⁱⁱ	4,2	-3,9	5,3	4,8	4,2
EU-27	1,8	-5,9	5,2	4,4	2,3
OECD	1,7	-4,7	5,1	3,9	2,3
Welt	2,7	-3,4	5,6	4,4	3,0
Welthandel (Waren laut CPB)	-0,3	-5,4	9,5	3,2	3,2
Österreichische Exportmärkte	2,3	-8,7	8,9	5,4	4,2
USD/EUR Wechselkurs ⁱⁱⁱ	1,12	1,14	1,18	1,13	1,14
Rohölpreis ⁱⁱⁱ	64,2	41,8	71,0	68,0	65,0

ⁱMOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

ⁱⁱNMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

ⁱⁱⁱabsolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, ab 2021 Prognose des IHS

3 Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** hat im Jahr 2021 stark vom Aufschwung der internationalen Konjunktur und des Welthandels profitiert. Während die Warenexporte mit der Erholung des Welthandels und der globalen Industrieproduktion Schritt hielten, blieb die Entwicklung des internationalen Reiseverkehrs allerdings stark von der Pandemie geprägt und folglich sprunghaft. Gedämpft wird der internationale Handel durch Produktionsengpässe und Lieferverzögerungen bei Vorprodukten sowie Störungen auf internationalen Handelsrouten, was bei zugleich starker Nachfrage Preisanstiege bei importierten Gütern induzierte. Neben den anhaltenden Materialengpässen, welche insbesondere den wichtigsten Handelspartner, Deutschland, treffen, stellen die Pandemie und wiederkehrende behördliche Restriktionen oder Reiseverkehrseinschränkungen das größte Abwärtsrisiko für die Außenwirtschaft dar.

Österreichs Warenexporte sind im Jahr 2020 real um 7,8 % eingebrochen. Im ersten Halbjahr 2021 kam es zu einer raschen Wiederbelebung, sodass das Vorkrisenniveau bereits wieder erreicht wurde. Im dritten Quartal ließ die Dynamik zwar etwas nach, die hohen ausländischen Auftragsbestände in der Sachgütererzeugung und die Exporterwartungen der Industrie für das vierte Quartal 2021 weisen aber auf eine positive Entwicklung gegen Jahresende hin. Österreichs reale Warenexporte dürften im laufenden Jahr um 13,9 % und in den Jahren 2022 und 2023 um 3,6 % bzw. 3,5 % zunehmen.

Nach dem annähernden Totalausfall im ersten Quartal 2021 hat bereits im zweiten Quartal mit der Öffnung von Gastronomie und Beherbergung eine Wiederbelebung der Reiseverkehrsexporte eingesetzt, die sich im dritten Quartal verstärkte. Der internationale Tourismus hat sich über die Sommermonate schnell erholt. Die Nächtigungen aus dem Ausland lagen im August mit 14,5 Millionen nur noch um 1,7 % unter dem Vergleichsmonat vor der Corona-Krise. Bei den Nächtigungen von Gästen aus den beiden bedeutendsten Herkunftsländern, Deutschland und den Niederlanden, wurden sogar Zuwächse gegenüber dem letzten Vorkrisensommer verzeichnet. Der Personenflugverkehr auf Österreichs Flughäfen lag im Spätsommer bei rund zwei Drittel des Vorkrisenniveaus, ist aber mit Beginn des Lockdowns gesunken. Im vierten Quartal dämpft das Wiederaufflammen der Corona-Pandemie den Tourismus. Für das laufende Jahr wird somit insgesamt ein Rückgang des Reiseverkehrs um 28,3 % erwartet. Aufgrund der aktuellen Corona-Situation ist es nicht auszuschließen, dass es auch im Wintertourismus im ersten Quartal 2022 aufgrund behördlicher Schließungen von Tourismusbetrieben bzw. Reiseverkehrswarnungen oder -einschränkungen wieder zu größeren Einbußen kommen wird. In dieser Prognose wird aber unterstellt, dass der Wintertourismus im ersten Quartal 2022 rund zwei Drittel des Vorkrisenniveaus erreicht.

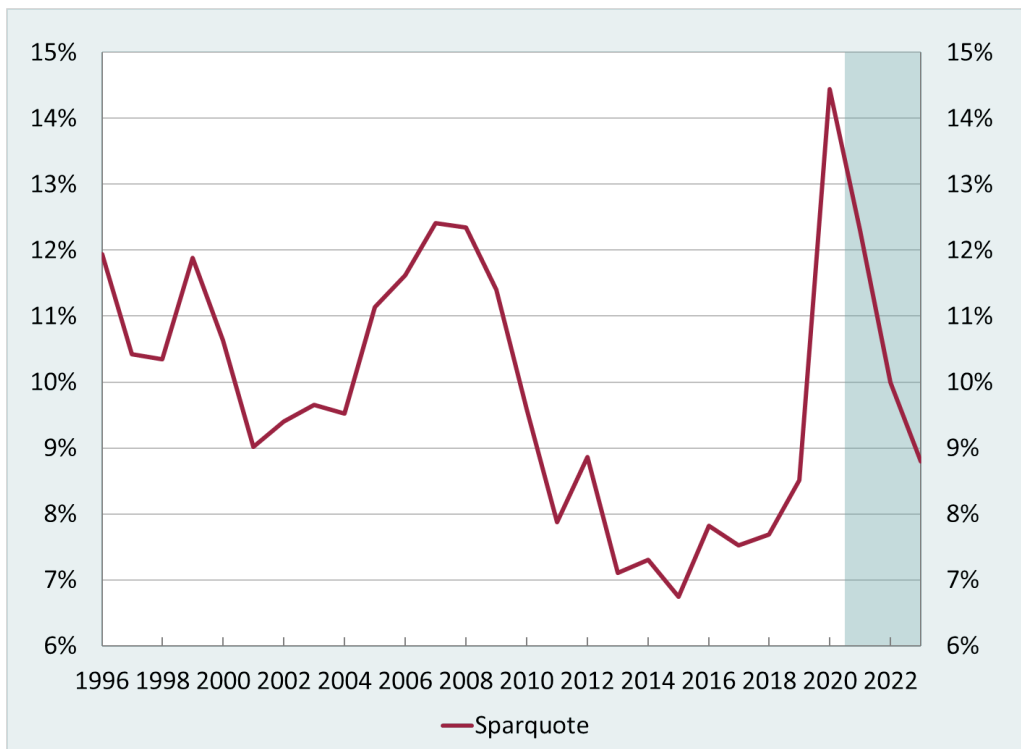
Für die Jahre 2022 und 2023 prognostiziert das Institut Zuwächse von 102,5 % bzw. 15,5 %.

Insgesamt dürften die realen Exporte i.w.S. laut VGR im Jahr 2021 um 9,2 % und in Jahren 2022 und 2023 um 7,1 % bzw. 4,3 % zulegen. Angetrieben durch den Aufschwung der Inlandsnachfrage werden die realen Importe i.w.S. laut VGR im laufenden Jahr voraussichtlich um 10,4 % und in den beiden kommenden Jahren um 6,7 % bzw. 4,1 % steigen.

4 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Laufe der Corona-Pandemie und der damit verbundenen wiederholten Lockdowns haben die österreichischen Haushalte unfreiwillig gespart. Das erste Halbjahr 2021, mit immer wiederaufflammenden Konsumhemmnissen durchsetzt, mündete in eine generelle Öffnung. In dieser Phase, die über den Sommer bis in den beginnenden Herbst andauerte, eroberten sich die Haushalte ihre gewohnten Konsummuster zurück, zu denen eine intensive Inanspruchnahme von Dienstleistungen, nicht zuletzt auch von Urlaubsreisen, gehört. Der entspannten Lage entsprechend meldete auch der Einzelhandel in einigen Monaten sehr starke Umsätze. Leider nahmen im Herbst dann die Infektionszahlen wieder deutlich zu, und Ende November folgte ein neuerlicher Lockdown, der gerade die für den Handel wichtige vorweihnachtliche Kaufwelle empfindlich brach. Ein Teil der Einbußen freilich wurde durch Vorziehen, Online-Handel und das weiter mögliche Click-and-Collect umgangen. Andere Ausfälle, vor allem bei Dienstleistungen in der Gastronomie, zum Beispiel Weihnachtsfeiern in Restaurants, können nicht mehr kompensiert werden. Entsprechend muss die Prognose der Haushaltsnachfrage für das gesamte Jahr etwas geringer angesetzt werden als in der Herbst-Prognose. Die weiter bestehenden Einschränkungen für Ungeimpfte dürften demgegenüber in der Folge eine immer geringere Rolle spielen.

Gegenüber der Herbst-Prognose musste die Einschätzung des Konsumverhaltens der österreichischen Haushalte für das laufende Jahr also zurückgenommen werden, obwohl die zuletzt vermeldeten vorläufigen Werte stark waren. Der **Konsum der privaten Haushalte** wächst heuer inflationsbereinigt voraussichtlich um 3,4 %. Dieses Wachstum ist nicht nur noch immer deutlich höher als dies von normalen Jahren gewohnt ist, es übertrifft auch die Einkommensentwicklung. Die real verfügbaren Haushaltseinkommen steigen nämlich im laufenden Jahr nur um 0,7 %, die Haushalte nehmen also ihre Spartätigkeit deutlich zurück. Im kommenden Jahr werden sich die Haushalte über eine der wirtschaftlichen Erholung entsprechende Einkommensexpansion mit einer realen Zuwachsrate von 2,3 % erfreuen können. Die Dynamik der stärker konsumwirksamen Lohneinkommen dominiert sowohl 2021 als auch 2022 die Gewinneinkommen, was die Ausgabenfreudigkeit zusätzlich fördert. Dies motiviert das starke Konsumwachstum von 5,2 % im kommenden Jahr, die Rückführung der Haushaltssparquote auf das vor der Pandemie übliche Niveau verzögert sich jedoch. Sie ist erst 2023 zu erwarten, wenn die Haushalte es sich nochmals leisten können, ihren Konsum (3,0 %) stärker zu steigern als ihre realen Einkommen (1,7 %). Auch dann wird allerdings nicht alles angesparte Vermögen ausgegeben worden sein, der Vermögensbestand hat sich durch das Zwangssparen nachhaltig erhöht.

Abbildung 9: Sparquote der privaten Haushalte

Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

Abbildung 9 zeigt die längerfristige Entwicklung der **Haushaltssparquote**. Vor der Pandemie hat sich diese Kenngröße in einer Aufbauphase befunden. Die Haushalte genossen deutliche Realeinkommenszuwächse, die genügend Spielraum boten, um Sparziele und Anschaffungspläne gleichzeitig zu verfolgen. Das Jahr 2020 hat dieses Muster durchbrochen, die Konsumbeschränkungen haben zu einem Spitzenwert von 14,4 % geführt. In den drei Folgejahren kehrt nun die Haushaltssparquote mit Werten von 12,3 %, 9,8 %, und 8,6% allmählich zu einem Normalwert zurück.

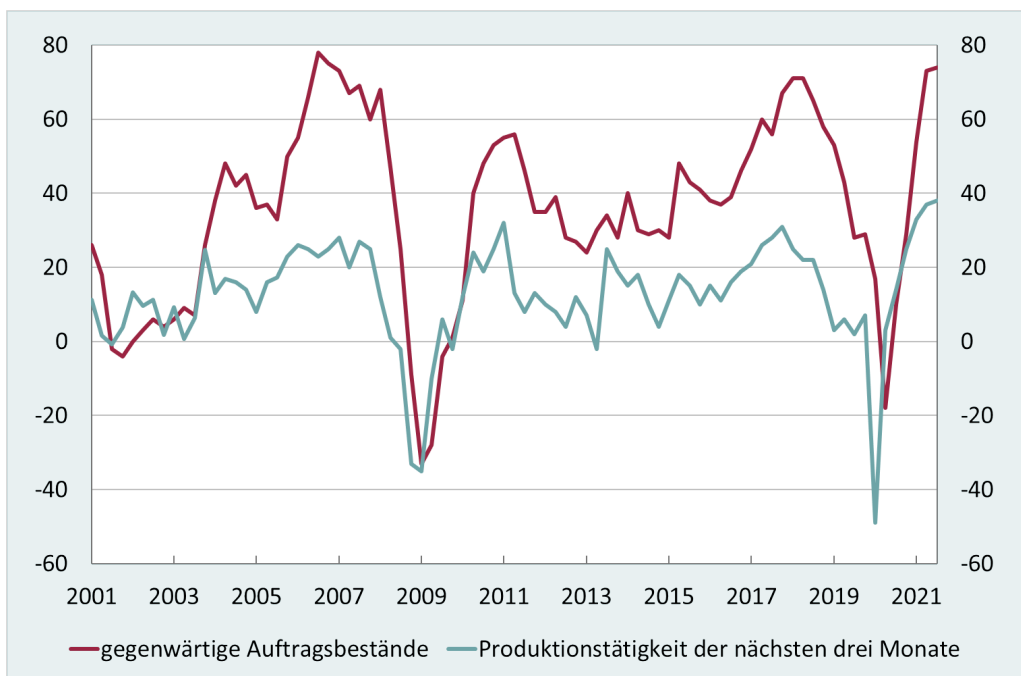
Das im Vergleich kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** entwickelt sich nicht ganz im Einklang mit dem Gesamtbild. Im ablaufenden Jahr stagniert dieses Aggregat real. In den Folgejahren kommt es auch hier zu einer leichten Belebung mit Wachstumsraten von 2,5 % und 2,0 %. Unter Einschluss dieser Non-Profit-Dienste ergeben sich für den privaten Konsum insgesamt reale Wachstumsraten von 3,2 %, 5,1 % und 3,0 % in den drei Prognosejahren.

Die **realen Investitionen in Ausrüstungen und sonstige Anlagen** wurden im ablaufenden Jahr kräftig ausgeweitet. Im Jahresverlauf hat sich die Dynamik aber abgeschwächt. Im dritten Quartal waren die Ausrüstungsinvestitionen um 3,4 % höher als im gleichen Vorjahresquartal. Im zweiten Quartal hatte das Wachstum noch 15,6 % betragen,

nachdem die Investitionen im zweiten Quartal 2020 um 13,6 % eingebrochen waren. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale 2021 waren die Ausrüstungsinvestitionen um 7,1 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. In saisonbereinigter Betrachtung waren die Investitionen mit Ausnahme der Kategorie „andere Maschinen und Ausrüstungen“ rückläufig, sodass sie am Ende des dritten Quartals nur noch um 0,8 % höher waren als Ende 2019. Dabei waren die Investitionen in andere Maschinen und Ausrüstungen um 4,6 % und die Anschaffungen von Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) um 2,1 % höher als vor der Corona-Krise. Hingegen waren die Käufe von Fahrzeugen und die Investitionen in geistiges Eigentum niedriger als Ende 2019.

Abbildung 10: Beurteilung der Auftragsbestände und der Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate

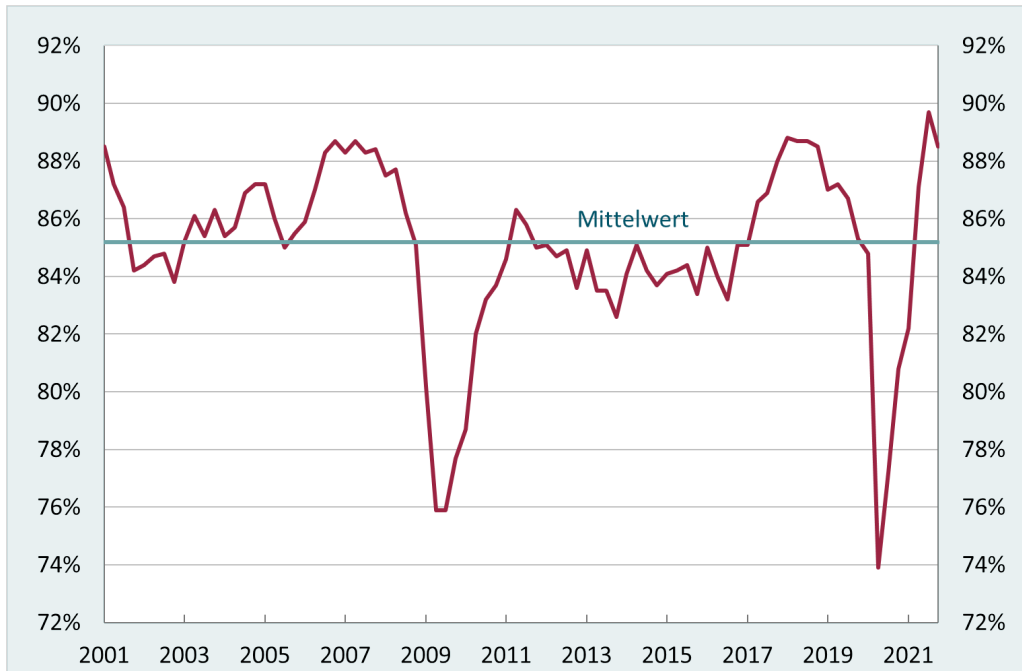
Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Industriellenvereinigung

Im Prognosezeitraum dürften die Ausrüstungsinvestitionen in moderatem Tempo expandieren. In Branchenumfragen berichten die Industrieunternehmen nach wie vor von hohen Auftragsbeständen und positiven Produktionserwartungen (Abbildung 10). Allerdings bremsen die Lieferprobleme bei Vor- und Zwischenprodukten, die kräftigen Preissteigerungen bei Rohstoffen und Arbeitskräfteknappheiten die Expansion. Die Abschwächung der Industriekonjunktur zeigt sich auch darin, dass die Kapazitätsauslastung zuletzt leicht gesunken ist. Gleichwohl ist sie noch immer deutlich höher als im langjährigen Durchschnitt und über dem Vorkrisenniveau (Abbildung 11).

**Abbildung 11: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie
saisonbereinigt**



Quelle: Europäische Kommission

Die Finanzierungsbedingungen dürften über den gesamten Prognosezeitraum günstig bleiben. Eine geldpolitische Straffung ist erst im Jahr 2023 zu erwarten, und auch dann dürfte sie nur graduell erfolgen. Die langfristigen Zinsen werden wohl ebenfalls nur wenig steigen. Auch die Kreditkonditionen ändern sich kaum. Die Geschäftsbanken in Österreich gaben im Rahmen der Umfrage zum Kreditgeschäft (*bank lending survey*) an, dass die Richtlinien für Unternehmenskredite in den ersten drei Quartalen 2021 weitgehend unverändert geblieben sind, nachdem sie im dritten und vierten Quartal 2020, hauptsächlich aufgrund der pandemiebedingten Risikosituation, verschärft worden waren. Für das vierte Quartal 2021 erwarteten die befragten Banken eine leichte Lockerung der Kreditrichtlinien für große Unternehmen.

Die fiskalpolitischen Maßnahmen, vor allem die Investitionsprämie und die Möglichkeit der degressiven Abschreibung, stützen die Investitionen auch noch im kommenden Jahr. Aufgrund der Ausgestaltung der Maßnahmen dürften Investitionen in IKT-Ausrüstung besonders profitieren. Wegen der zeitlichen Befristung der Maßnahmen werden aber wohl Investitionen aus den kommenden Jahren vorgezogen, sodass deren Wachstum im Jahr 2023 weiter an Fahrt verliert. Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2022 und 2023 um 5,0 % bzw. 3,5 % steigen, nach 7,3 % im ablaufenden Jahr.

Trotz des starken Anstiegs der Rohstoff- und Energiepreise blieb der Preisauftrieb bei den Ausrüstungsinvestitionen bisher moderat. Im Durchschnitt der ersten drei Quartale war der entsprechende Deflator um 1,2 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Erzeugerpreise für Investitionsgüter signalisieren einen etwas stärkeren Preisauftrieb in den kommenden Monaten. So hatten die Erzeugerpreise für Investitionsgüter im Jahresdurchschnitt 2020 um 0,7 %, in den Monaten August bis Oktober 2021 aber jeweils um 2,2 % zugelegt. Daher erwartet das Institut, dass der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen zunächst etwas kräftiger steigen wird, bevor der Preisauftrieb im Lauf des kommenden Jahres nachlassen dürfte. Der Preisindex für die Ausrüstungsinvestitionen sollte daher in den Jahren 2022 und 2023 um 1,3 % bzw. 1,1 % steigen, nach 1,4 % im zu Ende gehenden Jahr.

Die **realen Bauinvestitionen** sind im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 4,8 % gesunken. Damit waren sie um 3,5 % niedriger als Ende 2019. Während die Wohnbauinvestitionen genauso hoch waren wie vor der Pandemie, unterschritten die sonstigen Bauinvestitionen ihr Vorkrisenniveau um knapp 6 %. Aufgrund des Einbruchs im vergangenen Jahr und der kräftigen Erholung in der ersten Hälfte des laufenden Jahres waren die Bauinvestitionen im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 5,2 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Abschwächung im dritten Quartal dürfte maßgeblich auf die Lieferengpässe und den starken Preisanstieg bei Baumaterialien zurückzuführen sein.

Im Prognosezeitraum dürften die Lieferengpässe allmählich überwunden werden. Dann sollten die stützenden Fundamentalfaktoren stärker zum Tragen kommen. So nimmt die Zahl der Haushalte weiter zu. Die Immobilienpreise steigen weiterhin kräftig, auch wenn sich der Anstieg im dritten Quartal von 11,7 % auf 10,4 % abgeschwächt hat. Die Baubewilligungen waren im ersten Halbjahr um 6,7 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Wie bei den Ausrüstungsinvestitionen, stützt das Finanzierungsumfeld auch die Bauinvestitionen, weil die Zinsen noch lange Zeit sehr niedrig bleiben dürften. Von der Kreditangebotsseite her haben sich die Finanzierungsbedingungen aber etwas verschlechtert. Gemäß der Umfrage zum Kreditgeschäft erwarteten die Banken für das vierte Quartal 2021 eine leichte Verschärfung der Richtlinien für Wohnbaukredite, nachdem die Kreditkonditionen in den ersten drei Quartalen 2021 weitgehend unverändert geblieben waren. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften sich im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen entwickeln. Allerdings erfordern viele Ausrüstungsinvestitionen, etwa in Computerhardware und Software, nicht im selben Umfang neue Geschäftsgebäude. Zudem dürfte die Pandemie strukturelle Änderungen nach sich ziehen, etwa das verstärkte Arbeiten von zuhause sowie das Ersetzen von Dienstreisen durch Videokonferenzen. Dies stärkt zwar die Investitionen in IKT-Güter, aber es geht zu Lasten

der Bauinvestitionen. Die öffentlichen Bauinvestitionen werden wohl angesichts der gestiegenen öffentlichen Verschuldung nur eine schwache Dynamik entfalten. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen in den Jahren 2022 und 2023 um 3,0 % bzw. 2,5 % expandieren, nach 5,5 % im ablaufenden Jahr.

Die Baupreise und -kosten haben im Jahresverlauf kräftig zugelegt. So stiegen die Baupreise im dritten Quartal um 6,2 %, nach 2,8 % im ersten und 4,9 % im zweiten Quartal. Im dritten Quartal erhöhten sich die Preise im Hochbau um 9,9 %. Dagegen nahm im Tiefbau der Preisauftrieb im Jahresverlauf sogar etwas ab und belief sich im dritten Quartal auf 1,3 %. Der Deflator der Bauinvestitionen war im dritten Quartal um 7,3 % und im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 5,3 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Auch die Baukosten steigen stark, im Wohnungs- und Siedlungsbau seit Mai sogar mit zweistelligen Raten, zuletzt im Oktober um 13,4 %. Ähnlich kräftig sind die Kostenanstiege in den anderen Bausparten. Die stärksten Kostentreiber waren zuletzt im Wohnungsbau die Preise für Holz, Polystyrol und Schaumstoffplatten, im Tiefbau wurden vor allem Diesel, Treibstoffe, Bitumen und Stahl deutlich teurer. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte der Preisauftrieb im Baubereich allmählich nachlassen. Alles in allem rechnet das Institut damit, dass der Deflator der Bauinvestitionen in den Jahren 2022 und 2023 um 5,0 % bzw. 3,0 % steigen wird, nach 6,0 % im ablaufenden Jahr.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen ergibt sich für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Wachstum um 6,4 % im ablaufenden Jahr, gefolgt von 4,0 % und 3,0 % in den beiden kommenden Jahren. Die Investitionsquote, gemessen als Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen BIP, ist im vergangenen Jahr marginal auf 25,2 % gestiegen. Die vorliegende Prognose sieht einen weiteren Anstieg auf 26,5 % im Jahr 2023 vor. Die gesamten realen **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) dürften in den beiden kommenden Jahren um 5,2 % bzw. 3,2 % expandieren, nach 8,2 % im zu Ende gehenden Jahr.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird im Prognosezeitraum durch die günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen, das Auslaufen der Corona-Maßnahmen und die ökosoziale Steuerreform geprägt. Mit der wirtschaftlichen Erholung haben die öffentlichen Einnahmen im ablaufenden Jahr kräftig angezogen. Insbesondere Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuern und Umsatzsteuer profitieren von der wirtschaftlichen Erholung. Hingegen belasten die Ausgaben zur Bewältigung der Corona-Pandemie weiterhin die öffentlichen Haushalte. Die Auszahlungen für die Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise im Jahr 2021 beliefen sich bis 15. November auf 14,0 Mrd. Euro, wovon 3,6 Mrd. auf die Kurzarbeitsbeihilfe entfielen. Im Jahresverlauf hat die Dynamik mit der günstigen Entwicklung von Infektionszahlen

und Konjunktur deutlich abgenommen. Mit der vierten Corona-Welle werden die Ausgaben aber wieder etwas zunehmen. Insgesamt gesehen erwartet das Institut für das Gesamtjahr 2021 ein Defizit von 5,9 % des BIP. Damit wird die Budgetlage deutlich besser eingeschätzt als noch bei der Herbst-Prognose. Im kommenden Jahr sollten die Hilfsmaßnahmen auslaufen und die Steuerreform in Kraft treten. Gegeben die weiterhin günstigen konjunkturellen Rahmenbedingungen und das anhaltend geringe Zinsniveau könnte das Budgetdefizit somit auf 1,9 % des BIP absinken. Für das Jahr 2023 wird ein Defizit von 1,3 % erwartet.

Vor dem Hintergrund der im internationalen Vergleich hohen steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit sieht das Institut die Steuerentlastung im Rahmen der Reform positiv. Erfreulich sind auch der Einstieg in die CO₂-Bepreisung und die zusätzlichen Klimainvestitionen. Allerdings erscheinen wohl weitere Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele erforderlich. Weiterhin geht das Institut davon aus, dass eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie zur Hebung der Wachstumspotenziale entwickelt werden sollte. Aufgrund des prognostizierten Wirtschaftswachstums sollte sich die Schuldenquote schrittweise verringern, Österreich bleibt damit auf einem mittelfristig nachhaltigen Budgetkurs, allerdings impliziert die Alterung der Bevölkerung zusätzliche Ausgaben. Handlungsbedarf ortet das Institut in Hinblick auf die Struktur der Einnahmen und Ausgaben. Wie immer wieder angemerkt, ist es wünschenswert, zukunftsorientierten und produktivitätserhöhenden Bereichen, wie etwa Bildung, Digitalisierung und Forschung, noch höhere Priorität einzuräumen. Dies erfordert Einsparungen, vornehmlich durch die schon seit langem angemahnten Strukturreformen im öffentlichen Sektor.

Die Reformschritte in der Lohn- und Einkommensteuer, die im zweiten Halbjahr 2022 in Kraft treten sollen, werden im Jahr 2022 Entlastungen von etwas mehr als 1,5 Mrd. Euro und im Jahr 2023 Entlastungen von fast 3,5 Mrd. Euro mit sich bringen. Nach Schätzungen des Instituts bewirkt die Senkung der Lohn- und Einkommensteuer eine Erhöhung der BIP um 0,15 % im Jahr 2022 und um etwa 0,3 % im Jahr 2023, immer im Vergleich zu einem Szenario ohne Anpassung der Steuersätze. Diese Erhöhung sollte man nicht in erster Linie als einen Nachfrageeffekt interpretieren, insbesondere deshalb, weil die Konjunktur gegenwärtig hauptsächlich durch angebotsseitige Beschränkungen und nicht durch einen Mangel an Nachfrage bestimmt ist. Die Reduzierung der Belastung des Faktors Arbeit sollte dagegen einen positiven Effekt auf das Arbeitsangebot haben.

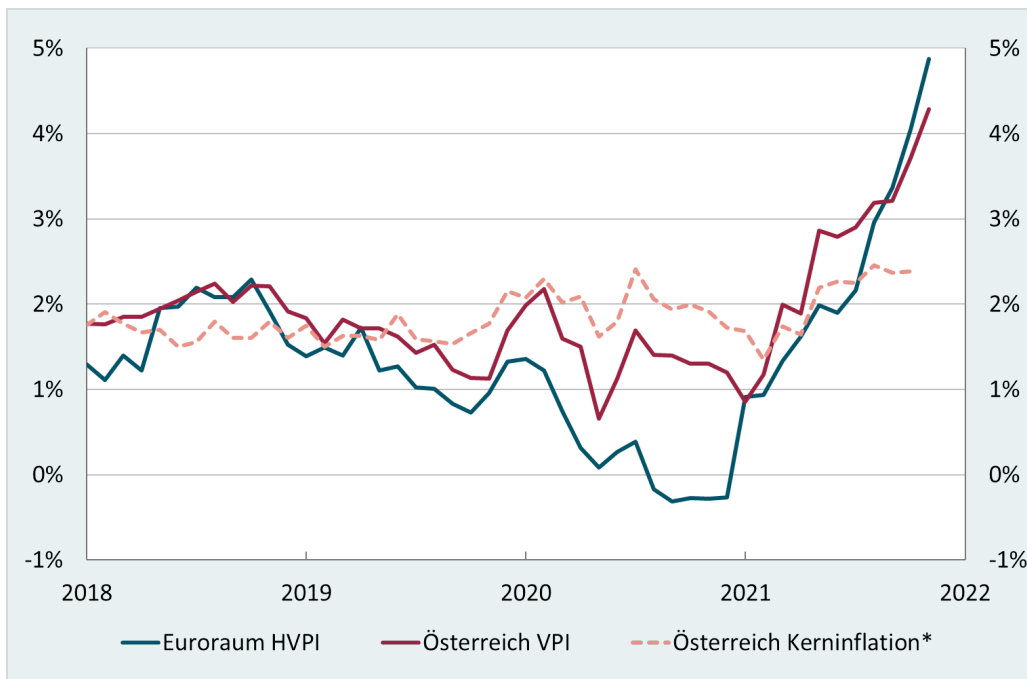
Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** sind im Durchschnitt der ersten drei Quartale um 3,0 % gestiegen, die Tariflöhne nach der coronabedingt zurückhaltenden Lohnrunde letztes Jahr um 1,7 %. Für das Gesamtjahr 2021 geht das Institut von einem Anstieg der Effektivlöhne von 2,1 % aus. Das Lohnplus wird aber zur Gänze von der erhöhten Teuerung aufgezehrt. Die Reallöhne sinken laut Prognose um gut

½ Prozentpunkt. Die Abschlüsse der diesjährigen Herbstlohnrunde berücksichtigen die konjunkturelle Erholung und liegen in etwa auf dem Niveau der Abschlüsse, die für das Jahr 2019 erzielt wurden: In der Metallindustrie steigen die Tariflöhne um ca. 3,5 %, im Öffentlichen Dienst um 3,0 % und im Handel um 2,8 %. Laut Institutsprognose dürften die Löhne nächstes Jahr um 3,3 % zunehmen. Bei gegebener Inflationsprognose impliziert dies einen Reallohnzuwachs von gut einem halben Prozentpunkt. Im Jahr 2023 dürften die Effektivlöhne um 2,8 % zunehmen, was einem Reallohnplus von 0,7 % entspräche. Anzeichen einer Lohn-Preis-Spirale lassen sich derzeit nicht erkennen.

Im Jahresverlauf hat sich die **Inflation** laut VPI auch in Österreich stark beschleunigt, von 1,0 % im Jänner auf 4,3 % im November (laut Schnellschätzung). Die Beschleunigung ist zum Großteil auf die Entwicklung der Energiepreise zurückzuführen, welche zuletzt knapp 1 ¾ Prozentpunkte zur Inflation beitrugen. Nachdem die Preise für Rohöl letztes Jahr stark gefallen waren, kehrten sie bereits Mitte dieses Jahres auf ihr Vorkrisenniveau zurück und stiegen im Oktober und November sogar auf über 80 US-Dollar je Barrel an. Der schwächere Euro verstärkte zuletzt noch einmal den Teuerungseffekt. Ebenso stiegen die Gas- und Strompreise im Jahresverlauf stark an und treiben somit ihrerseits die Teuerungsraten nach oben. Aber auch die Preise für dauerhafte Industriegüter wie Autos legten, wohl aufgrund der durch Lieferengpässe beeinträchtigten Produktion, stärker zu. Ohne den Rückgang der Mietpreise (seit September) wäre die Inflationsrate sogar noch um 2 bis 3 Zehntel höher ausgefallen.

Gegeben die Annahmen über die Entwicklung der Energiepreise dürfte im Verlauf des nächsten Jahres die inflationstreibende Wirkung der Energiepreise nachlassen. Dabei wurde bereits die Einführung einer CO₂-Bepreisung ab Mitte des nächsten Jahres berücksichtigt. Coronabedingte Preiseffekte aufgrund von Lieferkettenproblemen dürften sich ebenfalls zurückbilden, was die Teuerung der Güterpreise etwas dämpfen sollte. Alles in allem geht das Institut von einer Inflationsrate von 2,8 % im nächsten Jahr aus. Dabei bestehen allerdings erhebliche Prognoserisiken, insbesondere was die zukünftige Entwicklung der Energiepreise (Rohöl, Gas, Strom) anbelangt, aber auch hinsichtlich der Lebensmittelpreise und der Preise von Auslandsflügen. Für das Jahr 2023 erwartet das Institut eine Inflationsrate von rund 2 %.

Das Inflationsdifferenzial Österreichs zum Euroraum unterliegt vorübergehend starken Schwankungen. Da Deutschland (aufgrund des Ländergewichts von knapp 30 %) einen hohen Einfluss auf die Teuerung im Euroraum-Aggregat hat, wirkte sich die Mehrwertsteuersenkung in Deutschland im zweiten Halbjahr 2020 preisdämpfend auf die Inflationsrate des Euroraums aus. Der sich daraus ergebende Basiseffekt führt im Gegenzug nun dieses Jahr zu erhöhten Teuerungsraten in Deutschland und somit auch im Euroraum. Für den Euroraum geht das Institut von Inflationsraten von 2,6 % im Jahr 2021, von 2,5 % im Jahr 2022 und von 1,8 % im Jahr 2023 aus.

Abbildung 12: Inflation in Österreich und im Euroraum

*VPI ohne Nahrungsmittel und Energie

Quellen: Eurostat, Statistik Austria

Der Arbeitsmarkt hat sich im laufenden Jahr überraschend schnell vom pandemiebedingten Einbruch erholt. Aufgrund der äußerst kräftigen Konjunkturerholung übertrifft die Beschäftigung bereits seit Mai das Vorkrisenniveau und die Arbeitslosenzahlen liegen seit Mitte September unter den Vergleichswerten des Jahres 2019. Ende November betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote 7,0 %. Mit dem deutlichen Anstieg der Corona-Infektionen hat sich der Rückgang der Arbeitslosenzahlen nicht mehr fortgesetzt und seit Mitte November steigt die Arbeitslosigkeit wieder etwas an. Das Institut geht davon aus, dass der neuerliche Lockdown die Arbeitsmarktentwicklung nur kurzfristig dämpft. Unter der Annahme, dass sich die Gesundheitssituation stabilisiert, dürfte sich der positive Trend am Arbeitsmarkt im weiteren Prognosezeitraum fortsetzen. Ausgehend von 8,1 % im Jahresdurchschnitt 2021 sollte die Arbeitslosenquote (nationale Definition) im kommenden Jahr auf 7,1 % sinken. 2022 könnte die Arbeitslosenquote 6,9 % betragen. Diese Prognose unterstellt, dass es zu keinen weiteren Lockdowns kommt und die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen wesentlich zur Verringerung der Mis-Match- sowie Langzeitarbeitslosigkeit beitragen können.

Seit Mai liegt die **Beschäftigung** wieder über dem Vorkrisenniveau, Ende Oktober betrug der Beschäftigungsanstieg 3,0 % gegenüber dem Vorjahr bzw. 1,8 % gegenüber dem Vorkrisenniveau. In sektoraler Betrachtung verzeichneten der Bau und der Dienst-

leistungsbereich Beschäftigungszuwächse von jeweils 3,4 % gegenüber dem Vorjahr, in der Sachgüterproduktion betrug der Anstieg hingegen nur 1,1 %. Seit Oktober 2019 expandierte die Zahl der Arbeitsplätze am Bau (4,4 %) und im Dienstleistungssektor (2,1 %), hingegen blieb die Beschäftigung in der Sachgüterproduktion um gut 0,5 % hinter dem Vorkrisenniveau zurück.

Im Jahresdurchschnitt 2021 dürfte die Zahl der Aktiv-Beschäftigten um 2,3 % zulegen und damit die Beschäftigungsverluste des Vorjahres aufgeholt werden. Die gute Konjunkturlage und die Zahl der offenen Stellen deuten darauf hin, dass die Beschäftigungsnachfrage auch im weiteren Prognosezeitraum kräftig bleiben dürfte. Für den Jahresdurchschnitt 2022 wird ein Anstieg der Aktiv-Beschäftigung um 2,0 % erwartet. Vor dem Hintergrund der Wachstumsverlangsamung und der demografischen Entwicklung dürfte sich der Beschäftigungszuwachs 2023 auf 1,1 % verlangsamen.

Tabelle 4: Arbeitsmarktentwicklung Jänner bis Oktober 2021

Veränderungen gegenüber Vorjahr

	in Köpfen	in Prozent
Beschäftigte	77.140	2,1 %
Männer	46.560	2,3 %
Frauen	30.580	1,8 %
Aktiv-Beschäftigte ⁱ	80.200	2,2 %
Primärer Sektor	856	1,1 %
Sachgüterproduktion	2.458	0,4 %
Bau	14.711	5,4 %
Dienstleistungssektor	62.143	2,3 %
Arbeitslose gesamt	-70.985	-17,5 %
Männer	-40.167	-18,1 %
Frauen	-30.818	-16,7 %
Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS	14.609	26,2 %

ⁱ ohne Personen mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis, die Kindergeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten

Quellen: Dachverband der Sozialversicherungsträger, AMS, eigene Berechnungen

Im Vergleich zum Frühjahr hat sich die Arbeitslosenproblematik etwas entschärft. So lag die Zahl der **Arbeitslosen** (inklusive Schulungen) Anfang Mai noch um rund 70.000 Personen über dem Vorkrisenniveau, Mitte November hingegen blieb die Arbeitslosenzahl bereits um 15.000 hinter den Werten von 2019 zurück. Mit dem neuerlichen Lockdown nimmt die Arbeitslosigkeit allerdings wieder etwas zu. Somit erwartet das Institut im

Jahresdurchschnitt 2021 einen Bestand von 336.000 als arbeitslos vorgemerkten Personen. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich die positive Arbeitsmarktdynamik fortsetzen und die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 2022 auf 297.000 Personen absinken. Ausgehend von 8,1 % im ablaufenden Jahr sollte die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr auf 7,1 % fallen und könnte 2023 6,8 % betragen. Für die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition werden im Prognosezeitraum Werte von 6,4 %, 5,5 % bzw. 5,3 % erwartet.

Die vorliegende Prognose zeichnet weiterhin ein sehr optimistisches Bild der Arbeitsmarktentwicklung. Im Vergleich zur Herbst-Prognose haben die pandemiebedingten Abwärtsrisiken deutlich zugenommen. In dieser Prognose wird davon ausgegangen, dass der neuerliche Lockdown die positive Arbeitsmarktentwicklung nur kurzfristig verlangsamt und es nur zu geringen Einschränkungen im Wintertourismus kommt. Eine neuerliche Corona-Welle im ersten Quartal des kommenden Jahres würde die Arbeitslosigkeit merklich erhöhen. Weiters unterstellt das Institut, dass es zu keiner weiteren Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit kommt. Die ausgeweiteten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die auf Qualifizierung und Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit abzielen, sollten unterstützend wirken. Diese Prognose impliziert, dass ein im historischen Vergleich sehr hoher Anteil der neugeschaffenen Arbeitsplätze aus dem Arbeitslosenpool heraus besetzt wird.

Aus Sicht des Instituts haben die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen signifikant zur relativ günstigen Arbeitsmarktlage beigetragen. Die Corona-Kurzarbeit hat einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung von Beschäftigungsnachfrage und Einkommensentwicklung geleistet. Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist es auch unbedingt notwendig, den qualifikatorischen Mis-Match zu reduzieren. Ein starker Fokus auf die (Re-)Qualifizierung der Arbeitslosen und die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist daher adäquat. Die Steuerreform wird die im internationalen Vergleich hohe steuerliche Belastung des Faktors Arbeit etwas reduzieren. Bedarf besteht aus Sicht des Instituts weiterhin an einer Stärkung der präventiven Komponente der Arbeitsmarktpolitik, also von Maßnahmen, die bereits vor dem Entstehen von Arbeitslosigkeit ansetzen. Hierbei wären insbesondere Reformen im Bildungsbereich angeraten.

5 Monetäre Prognose

Nach teilweisen Senkungen der Leitzinsen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 liegen diese nun international weiterhin nahe bei bzw. sogar unter null (Tabelle 5). So beträgt etwa der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum 0,0 %. Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist zuletzt deutlich gestiegen und betrug im September, Oktober und November 3,4 %, 4,1 % bzw. 4,9 %. Diese Inflationsraten liegen zwar deutlich über der Zielmarke der EZB von 2 %, ein Großteil des Anstiegs ist jedoch auf vorübergehende Effekte zurückzuführen, etwa Basiseffekte von Energiepreisen und gegenwärtig stark steigende Gas-, Elektrizitäts- und Güterpreise. Für die Jahresdurchschnitte 2021, 2022 und 2023 erwartet das Institut Inflationsraten von 2,6 %, 2,5 % bzw. 1,8 %. Aufgrund der seit Juli geltenden neuen *Forward Guidance*, wonach eine Leitzinserhöhung der EZB insbesondere davon abhängig gemacht wird, ob die Inflationsrate schon deutlich vor dem Ende ihres Prognosezeitraums 2 % erreicht und diesen Wert auch im weiteren Verlauf dauerhaft beibehält, dürften die Leitzinsen zumindest bis Ende 2022 auf ihren niedrigen Niveaus verharren. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich deutlich expansiv ausgerichtet.

Tabelle 5: Leitzinsen

	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2018	0	2,25 – 2,5	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2019	0	1,5 – 1,75	0,75	–0,75	–0,1
Ende 2020	0	0 – 0,25	0,10	–0,75	–0,1
9.12.2021	0	0 – 0,25	0,10	–0,75	–0,1

Für das Jahr 2018 wird bei den Leitzinsen der Schweizerischen Nationalbank der mittlere Satz des damals gültigen Zielbandes angegeben.

Quellen: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

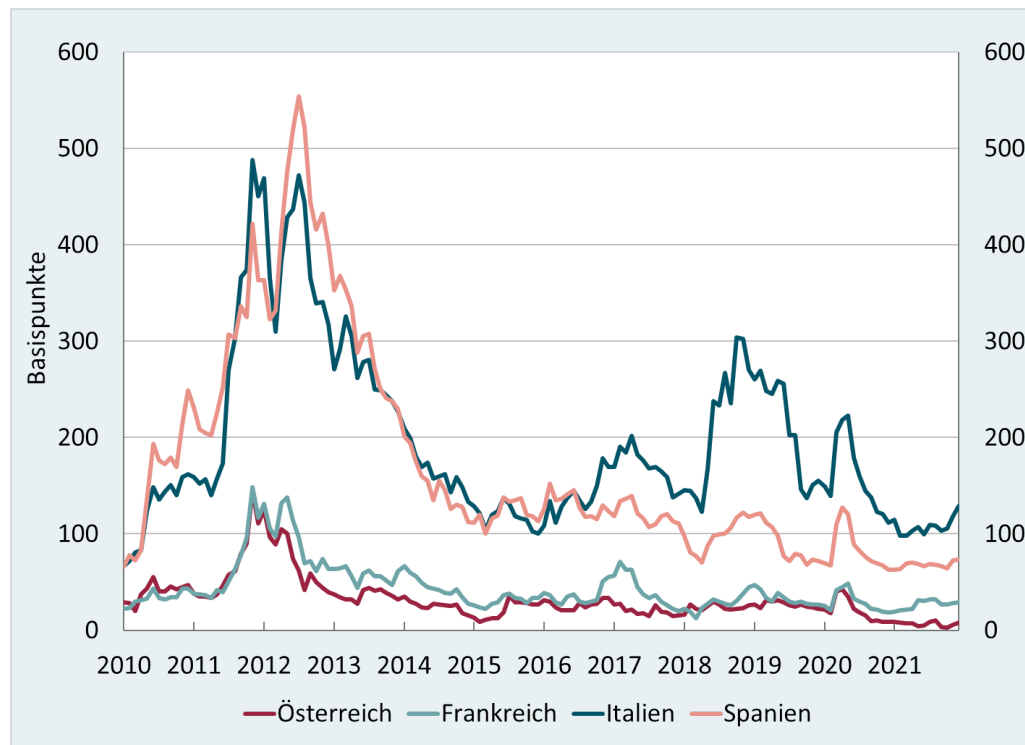
In ihrer September-Sitzung hat die EZB angekündigt, das Volumen der monatlichen Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallprogrammes (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) von zuvor rund 80 Mrd. Euro zurückzufahren. Das PEPP-Programm wurde im März 2020 aufgelegt und soll bis März 2022 laufen. Anfang Dezember waren erst rund 84 % des maximal zur Verfügung stehenden Ankaufovolumens von 1.850 Mrd. Euro ausgeschöpft, es würden also grundsätzlich weitere Mittel zur Verfügung stehen. Die Ankäufe im Rahmen des herkömmlichen Wertpapierankaufprogrammes (APP) im Ausmaß von monatlich 20 Mrd. Euro laufen bislang unverändert weiter. Die derzeit zur Verfügung stehenden längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte

(TLTRO III, PELTRO), welche äußerst günstige Zinssätze aufweisen, werden nach jetzigem Stand nur noch bis Ende 2021 angeboten. Die Refinanzierung würde also deutlich teurer, wenn sich Banken ab Jahresbeginn wieder verstärkt über Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit Liquidität versorgen müssten.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum sind zuletzt im Einklang mit der Geldpolitik der EZB weitgehend konstant geblieben und notierten im Durchschnitt des vierten Quartals bei $-0,6\%$. Damit haben sie sich gegenüber dem Vorquartal und dem Vorjahresquartal kaum verändert. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut zunächst konstante kurzfristigen Geldmarktzinsen und im dritten Jahr einen leichten Anstieg. Der 3-Monats-Euribor sollte damit in den Jahren 2021 und 2022 jeweils $-0,5\%$ betragen und im Jahr 2023 $-0,1\%$.

Die Renditen von Staatsanleihen sind seit Ende August tendenziell gestiegen, seit Ende Oktober dann wieder gesunken. Im vierten Quartal notierten österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren zu durchschnittlich $-0,2\%$ bzw. $-0,3\%$. Dies bedeutet einen leichten Anstieg der Renditen um jeweils gut zehn Basispunkte im Vergleich zum Vorquartal und einen Anstieg um jeweils rund 30 Basispunkte im Vergleich zum Vorjahresquartal.

Abbildung 13: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland



Quelle: Refinitiv Datastream, Monatsdaten (Durchschnittswert der Tagesdaten)

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hochhält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Seit Ende 2020 ist allerdings der Abstand zu den österreichischen Staatsanleihen auf fast null gesunken, d. h. österreichische Staatsanleihen werden als nahezu gleich sicher eingestuft wie deutsche Bundesanleihen. Die Spreads (Renditeabstände) der besonders stark von der Corona-Pandemie betroffenen Staaten weiteten sich im Frühjahr des letzten Jahres in Erwartung steigender Staatsschulden deutlich aus (Abbildung 13). Die Ankündigung des EZB-Notfallprogramms gekoppelt mit anderen europäischen und nationalen Stützungsprogrammen konnte diesen Anstieg jedoch abfangen, und momentan liegen die Aufschläge bei bzw. sogar unter den Vor-Corona-Niveaus. Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in der Prognoseperiode leicht ansteigt. Für die Jahre 2021, 2022 und 2023 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von –0,3 %, 0,1 % bzw. 0,3 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des vierten Quartals 2021 betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1,14 USD/EUR. Damit hat der Euro deutlich abgewertet, und zwar sowohl gegenüber dem Vorquartal (–3,0 %) als auch gegenüber dem Vorjahresquartal (–4,2 %). Für die Jahre 2021, 2022 und 2023 erwartet das Institut durchschnittliche Jahreskurse von 1,18 USD/EUR, 1,13 USD/EUR bzw. 1,14 USD/EUR.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2021, 2022 und 2023 fällt wie folgt aus. Die gesamten Einlagen sollten zunächst um 6,5 % und in den beiden folgenden Jahren um jeweils 4,2 % steigen. Die Spareinlagen dürften zunächst um 15,8 % wachsen¹ und danach weitgehend konstant bleiben (0,2 % bzw. 0,1 %). Für das Kreditvolumen prognostiziert das Institut eine Ausweitung um 4,0 %, 3,5 % bzw. 2,4 %.

¹ Dieses kräftige Wachstum der Spareinlagen ist zum allergrößten Teil auf eine Neuklassifikation von gewissen Produktgruppen (z. B. Online-Sparen) vom dritten auf das vierte Quartal 2020 zurückzuführen. Allein in diesem Zeitraum (viertes Quartal 2020 gegenüber drittem Quartal 2020) betrug das Wachstum der Spareinlagen 20,3 %.

6 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	363,245 4,3%	378,604 4,2%	388,565 2,6%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	401,485 5,8%	428,524 6,7%	448,549 4,7%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,726 1,8%	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,527 1,5%	113,185 2,4%	115,437 2,0%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	100,900 0,9%	103,000 2,1%	105,100 2,0%	106,700 1,5%	108,200 1,4%	111,230 2,8%	114,344 2,8%	116,517 1,9%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	48,561 2,3%	49,281 1,5%	50,566 2,6%	51,859 2,6%	52,751 1,7%	53,858 2,1%	55,609 3,3%	57,138 2,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3727,744 2,3%	3802,299 2,0%	3844,124 1,1%
ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,115 -1,811	7,120 -0,996	6,894 -0,225

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
PRIVATER KONSUM	184,174 1,5%	187,777 2,0%	189,802 1,1%	191,064 0,7%	174,883 -8,5%	180,552 3,2%	189,723 5,1%	195,333 3,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,695 1,2%	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	74,265 4,0%	73,894 -0,5%	74,079 0,2%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	81,502 4,3%	84,955 4,2%	88,695 4,4%	92,948 4,8%	88,120 -5,2%	93,785 6,4%	97,582 4,0%	100,528 3,0%
LAGERVERÄNDERUNGEN <i>IN PROZENT DES BIP</i>	4,113 1,2	4,450 1,2	6,038 1,6	1,605 0,4	2,092 0,6	3,792 1,0	5,042 1,3	5,292 1,4
INLANDSNACHFRAGE	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,795 2,5%	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	353,158 4,7%	367,079 3,9%	376,123 2,5%
AUSSENBEITRAG <i>IN PROZENT DES BIP</i>	12,046 3,4	11,947 3,3	12,186 3,3	15,412 4,1	10,999 3,2	9,938 2,7	11,375 3,0	12,292 3,2
BIP ZU MARKTPREISEN	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	363,245 4,3%	378,604 4,2%	388,565 2,6%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
PRIVATER KONSUM	0,814	1,023	0,566	0,345	-4,366	1,625	2,550	1,502
ÖFFENTLICHER KONSUM	0,363	0,154	0,243	0,285	-0,089	0,848	-0,107	0,051
BRUTTOINVESTITIONEN	1,063	1,086	1,512	-0,045	-1,180	2,121	1,411	0,860
ANLAGEINVESTITIONEN	0,977	0,978	1,040	1,155	-1,297	1,623	1,064	0,797
LAGERVERÄNDERUNGEN	0,094	0,095	0,432	-1,201	0,135	0,531	0,236	0,044
EXPORTE I.W.S.	1,586	2,567	2,777	1,894	-5,965	4,747	3,848	2,376
WAREN	1,071	1,803	1,785	1,064	-2,986	5,069	1,448	1,394
DIENSTLEISTUNGEN	0,515	0,764	0,992	0,830	-2,979	-0,322	2,400	0,982
IMPORTE I.W.S.	-1,838	-2,569	-2,718	-1,038	4,879	-5,040	-3,547	-2,199
WAREN	-1,336	-1,544	-1,560	0,004	2,395	-4,456	-1,671	-1,550
DIENSTLEISTUNGEN	-0,502	-1,026	-1,158	-1,041	2,485	-0,584	-1,876	-0,650
BRUTTOINLANDSPRODUKT	1,989	2,259	2,502	1,491	-6,735	4,272	4,228	2,631

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
HAUSHALTSSPARQUOTE	7,8	7,5	7,7	8,5	14,4	12,3	10,0	8,8
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1,1	-0,3	0,2	0,8	5,9	-2,1	-2,4	-1,1
INVESTITIONSQUOTE	23,1	23,6	24,1	25,0	25,2	26,3	26,4	26,5
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,4	0,5	0,5	0,9	0,3	1,0	0,1	0,1
REALZINSSATZ	-1,48	-0,45	-1,11	-1,58	-2,60	-1,78	-2,26	-1,71
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,08	1,03	-0,67	-0,47	-1,02	0,82	-0,49	0,56
HVPI - HARMONISIERTER VERBRAUCHERPREISINDEX	100,97 1,0%	103,22 2,2%	105,41 2,1%	106,98 1,5%	108,47 1,4%	111,51 2,8%	114,63 2,8%	116,81 1,9%
REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	47,860 0,9%	47,707 -0,3%	47,969 0,5%	48,377 0,8%	48,642 0,5%	48,358 -0,6%	48,570 0,4%	48,927 0,7%
ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	10,025 0,4%	10,049 0,2%	10,052 0,0%	10,041 -0,1%	9,560 -4,8%	9,744 1,9%	9,957 2,2%	10,108 1,5%
LOHNSTÜCKKOSTEN GESAMTWIRTSCHAFT	127,404 1,9%	128,989 1,2%	132,302 2,6%	135,844 2,7%	145,126 6,8%	145,372 0,2%	146,888 1,0%	148,676 1,2%
ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF.-2021	6,5	5,9	5,2	4,8	6,1	6,4	5,5	5,3
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,3	-0,5	-0,7	-0,4	1,3	0,3	-0,9	-0,2
BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP)	-1,5	-0,8	0,2	0,6	-8,3	-5,9	-1,9	-1,3
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,5	0,7	1,0	0,4	-8,9	2,5	4,0	0,5

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	179,350 3,1%	186,016 3,7%	191,857 3,1%	196,244 2,3%	181,294 -7,6%	192,519 6,2%	208,201 8,1%	218,736 5,1%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,542 1,2%	7,933 5,2%	8,228 3,7%	8,698 5,7%	8,840 1,6%	9,017 2,0%	9,427 4,5%	9,808 4,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	70,274 3,3%	71,986 2,4%	74,510 3,5%	77,388 3,9%	80,414 3,9%	85,931 6,9%	87,639 2,0%	89,615 2,3%
BRUTTOINVESTITIONEN	86,743 5,8%	91,744 5,8%	99,141 8,1%	100,984 1,9%	98,249 -2,7%	108,411 10,3%	116,973 7,9%	122,920 5,1%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	45,366 8,7%	48,211 6,3%	50,349 4,4%	53,751 6,8%	50,848 -5,4%	55,298 8,8%	58,818 6,4%	61,546 4,6%
BAUINVESTITIONEN	37,228 2,2%	39,064 4,9%	42,486 8,8%	45,469 7,0%	44,920 -1,2%	50,234 11,8%	54,328 8,2%	57,357 5,6%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,000 0,003	-0,001 -0,001	0,127 0,128	0,664 0,537	-0,367 -1,030	-0,369 -0,002	-0,371 -0,002	-0,374 -0,002
INLANDSNACHFRAGE	343,909 3,8%	357,677 4,0%	373,863 4,5%	383,978 2,7%	368,430 -4,0%	395,508 7,3%	421,868 6,7%	440,705 4,5%
EXPORTE I.W.S.	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	218,712 12,1%	238,974 9,3%	251,823 5,4%
IMPORTE I.W.S.	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	212,735 15,5%	232,319 9,2%	243,978 5,0%
BIP ZU MARKTPREISEN	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	401,485 5,8%	428,524 6,7%	448,549 4,7%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	176,761 1,6%	180,075 1,9%	182,006 1,1%	183,066 0,6%	167,175 -8,7%	172,859 3,4%	181,847 5,2%	187,303 3,0%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	7,413 -0,5%	7,702 3,9%	7,795 1,2%	7,998 2,6%	7,702 -3,7%	7,702 0,0%	7,895 2,5%	8,053 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	69,282 1,8%	69,825 0,8%	70,695 1,2%	71,738 1,5%	71,409 -0,5%	74,265 4,0%	73,894 -0,5%	74,079 0,3%
BRUTTOINVESTITIONEN	85,616 4,5%	89,448 4,5%	94,893 6,1%	94,727 -0,2%	90,326 -4,6%	97,723 8,2%	102,829 5,2%	106,070 3,2%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	44,965 7,8%	47,435 5,5%	49,063 3,4%	51,749 5,5%	48,389 -6,5%	51,897 7,3%	54,492 5,0%	56,399 3,5%
BAUINVESTITIONEN	36,538 0,3%	37,526 2,7%	39,627 5,6%	41,208 4,0%	39,700 -3,7%	41,884 5,5%	43,140 3,0%	44,219 2,5%
STATISTISCHE DIFFERENZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,002 0,005	0,052 0,050	0,456 0,404	0,578 0,122	0,754 0,176	0,759 0,005	0,764 0,005	0,769 0,005
INLANDSNACHFRAGE	339,072 2,3%	347,044 2,4%	355,795 2,5%	358,123 0,7%	337,181 -5,8%	353,158 4,7%	367,079 3,9%	376,123 2,5%
EXPORTE I.W.S.	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,596 5,1%	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	209,274 9,2%	224,056 7,1%	233,601 4,3%
IMPORTE I.W.S.	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,411 5,3%	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	199,336 10,4%	212,681 6,7%	221,309 4,1%
BIP ZU MARKTPREISEN	351,118 2,0%	359,049 2,3%	368,030 2,5%	373,519 1,5%	348,364 -6,7%	363,245 4,3%	378,604 4,2%	388,565 2,6%

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	101,465 1,5%	103,299 1,8%	105,412 2,0%	107,199 1,7%	108,446 1,2%	111,374 2,7%	114,492 2,8%	116,782 2,0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	101,432 1,4%	103,095 1,6%	105,396 2,2%	107,876 2,4%	112,611 4,4%	115,708 2,8%	118,600 2,5%	120,972 2,0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	101,340 1,3%	102,730 1,4%	104,668 1,9%	106,747 2,0%	108,680 1,8%	112,526 3,5%	115,950 3,0%	118,278 2,0%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	100,893 0,9%	101,636 0,7%	102,621 1,0%	103,868 1,2%	105,083 1,2%	106,554 1,4%	107,940 1,3%	109,127 1,1%
BAUINVESTITIONEN	101,889 1,9%	104,099 2,2%	107,215 3,0%	110,340 2,9%	113,148 2,5%	119,937 6,0%	125,934 5,0%	129,712 3,0%
INLANDSNACHFRAGE	101,426 1,4%	103,064 1,6%	105,078 2,0%	107,220 2,0%	109,268 1,9%	111,992 2,5%	114,926 2,6%	117,170 2,0%
EXPORTE I.W.S.	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,931 1,8%	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,510 2,6%	106,658 2,1%	107,800 1,1%
IMPORTE I.W.S.	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,434 2,1%	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	106,722 4,6%	109,233 2,4%	110,244 0,9%
BIP ZU MARKTPREISEN	101,848 1,8%	102,872 1,0%	104,726 1,8%	106,425 1,6%	108,886 2,3%	110,527 1,5%	113,185 2,4%	115,437 2,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	131,524 1,8%	140,060 6,5%	149,248 6,6%	151,852 1,7%	138,328 -8,9%	161,494 16,7%	170,654 5,7%	177,864 4,2%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,354 4,5%	43,292 7,3%	46,977 8,5%	50,346 7,2%	46,396 -7,8%	49,508 6,7%	52,317 5,7%	55,124 5,4%
REISEVERKEHR	15,532 3,8%	16,293 4,9%	17,457 7,1%	18,194 4,2%	10,380 -43,0%	7,710 -25,7%	16,003 107,6%	18,835 17,7%
EXPORTE I.W.S.	187,409 2,5%	199,644 6,5%	213,682 7,0%	220,393 3,1%	195,104 -11,5%	218,712 12,1%	238,974 9,3%	251,823 5,4%
WARENIMPORTE	128,855 1,6%	138,912 7,8%	148,064 6,6%	147,973 -0,1%	135,229 -8,6%	159,740 18,1%	170,277 6,6%	177,802 4,4%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,049 4,3%	40,492 9,3%	44,826 10,7%	49,228 9,8%	45,474 -7,6%	48,854 7,4%	52,078 6,6%	55,139 5,9%
REISEVERKEHR	7,806 4,4%	8,556 9,6%	9,230 7,9%	9,652 4,6%	3,510 -63,6%	4,142 18,0%	9,964 140,6%	11,037 10,8%
IMPORTE I.W.S.	173,711 2,3%	187,960 8,2%	202,120 7,5%	206,853 2,3%	184,213 -10,9%	212,735 15,5%	232,319 9,2%	243,978 5,0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	132,871 2,9%	139,385 4,9%	145,946 4,7%	149,957 2,7%	138,236 -7,8%	157,450 13,9%	163,118 3,6%	168,828 3,5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	40,052 3,7%	42,365 5,8%	45,277 6,9%	47,973 6,0%	44,297 -7,7%	45,936 3,7%	47,544 3,5%	49,113 3,3%
REISEVERKEHR	15,308 2,4%	15,703 2,6%	16,368 4,2%	16,746 2,3%	9,396 -43,9%	6,737 -28,3%	13,643 102,5%	15,757 15,5%
EXPORTE I.W.S.	188,231 3,0%	197,450 4,9%	207,596 5,1%	214,690 3,4%	191,591 -10,8%	209,274 9,2%	224,056 7,1%	233,601 4,3%
WARENIMPORTE	131,455 3,6%	137,086 4,3%	142,773 4,1%	142,759 0,0%	133,576 -6,4%	150,273 12,5%	156,585 4,2%	162,691 3,9%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	37,052 4,3%	39,996 7,9%	43,599 9,0%	47,326 8,5%	43,729 -7,6%	45,391 3,8%	47,207 4,0%	48,953 3,7%
REISEVERKEHR	7,678 2,7%	8,390 9,3%	9,006 7,3%	9,184 2,0%	3,346 -63,6%	3,811 13,9%	8,944 134,7%	9,713 8,6%
IMPORTE I.W.S.	176,185 3,7%	185,504 5,3%	195,411 5,3%	199,278 2,0%	180,593 -9,4%	199,336 10,4%	212,681 6,7%	221,309 4,1%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
WARENEXPORTE	98,987 -1,0%	100,484 1,5%	102,262 1,8%	101,264 -1,0%	100,067 -1,2%	102,568 2,5%	104,620 2,0%	105,352 0,7%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	100,754 0,8%	102,187 1,4%	103,754 1,5%	104,946 1,1%	104,738 -0,2%	107,775 2,9%	110,038 2,1%	112,239 2,0%
REISEVERKEHR	101,459 1,5%	103,756 2,3%	106,652 2,8%	108,652 1,9%	110,467 1,7%	114,443 3,6%	117,305 2,5%	119,533 1,9%
EXPORTE I.W.S.	99,564 -0,4%	101,111 1,6%	102,931 1,8%	102,656 -0,3%	101,833 -0,8%	104,510 2,6%	106,658 2,1%	107,800 1,1%
WARENIMPORTE	98,023 -2,0%	101,332 3,4%	103,706 2,3%	103,652 -0,1%	101,238 -2,3%	106,300 5,0%	108,744 2,3%	109,288 0,5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	99,992 0,0%	101,240 1,2%	102,814 1,6%	104,019 1,2%	103,989 0,0%	107,629 3,5%	110,319 2,5%	112,636 2,1%
REISEVERKEHR	101,665 1,7%	101,978 0,3%	102,489 0,5%	105,095 2,5%	104,910 -0,2%	108,687 3,6%	111,404 2,5%	113,632 2,0%
IMPORTE I.W.S.	98,596 -1,4%	101,324 2,8%	103,434 2,1%	103,801 0,4%	102,005 -1,7%	106,722 4,6%	109,233 2,4%	110,244 0,9%
TERMS OF TRADE, GESAMT	100,982 1,0%	99,790 -1,2%	99,514 -0,3%	98,897 -0,6%	99,832 0,9%	97,928 -1,9%	97,642 -0,3%	97,784 0,1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	100,983 1,0%	99,164 -1,8%	98,608 -0,6%	97,696 -0,9%	98,843 1,2%	96,490 -2,4%	96,207 -0,3%	96,399 0,2%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
IMPORTQUOTE, GESAMT	48,576	50,888	52,441	52,036	48,564	52,987	54,214	54,393
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,763	2,312	1,553	-0,405	-3,472	4,423	1,227	0,179
IMPORTQUOTE, GÜTER	36,033	37,609	38,416	37,224	35,650	39,787	39,736	39,639
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,815	1,576	0,807	-1,192	-1,574	4,137	-0,051	-0,096
EXPORTQUOTE, GESAMT	52,406	54,051	55,441	55,442	51,435	54,476	55,767	56,142
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,683	1,645	1,390	0,002	-4,007	3,041	1,291	0,375
EXPORTQUOTE, GÜTER	36,779	37,919	38,723	38,200	36,467	40,224	39,824	39,653
<i>ABSOLUTE DIFFERENZEN</i>	-0,745	1,141	0,804	-0,523	-1,733	3,757	-0,400	-0,171

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5612,242 1,0%	5625,702 0,2%	5629,901 0,1%	5631,117 0,0%	5630,493 0,0%	5633,530 0,1%	5630,728 0,0%	5616,967 -0,2%
ERWERBSQUOTE	78,900 0,4%	79,728 1,0%	80,769 1,3%	81,595 1,0%	82,051 0,6%	82,216 0,2%	82,956 0,9%	83,868 1,1%
ERWERBSPERSONEN	4428,084 1,5%	4485,272 1,3%	4547,191 1,4%	4594,732 1,0%	4619,903 0,5%	4631,640 0,3%	4671,000 0,8%	4710,840 0,9%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3674,603 0,6%	3687,409 0,3%	3698,440 0,3%	3698,881 0,0%	3701,922 0,1%	3681,530 -0,6%	3678,135 -0,1%	3683,225 0,1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	753,482 5,8%	797,863 5,9%	848,751 6,4%	895,851 5,5%	917,981 2,5%	950,110 3,5%	992,865 4,5%	1027,615 3,5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	483,900 1,8%	490,000 1,3%	493,600 0,7%	496,100 0,5%	493,100 -0,6%	496,552 0,7%	501,517 1,0%	506,532 1,0%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3944,184 1,4%	3995,272 1,3%	4053,591 1,5%	4098,632 1,1%	4126,803 0,7%	4135,088 0,2%	4169,483 0,8%	4204,308 0,8%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3502,431 1,6%	3573,088 2,0%	3661,127 2,5%	3720,041 1,6%	3643,933 -2,0%	3727,744 2,3%	3802,299 2,0%	3844,124 1,1%
KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE	84,440 -1,9%	82,208 -2,6%	80,357 -2,3%	77,263 -3,9%	73,231 -5,2%	71,766 -2,0%	70,331 -2,0%	70,331 0,0%
ARBEITSLOSE	357,313 0,8%	339,976 -4,9%	312,107 -8,2%	301,328 -3,5%	409,639 35,9%	335,578 -18,1%	296,853 -11,5%	289,853 -2,4%
ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	9,059 -0,051	8,509 -0,550	7,700 -0,810	7,352 -0,348	9,926 2,574	8,115 -1,811	7,120 -0,996	6,894 -0,225

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	170,081 3,9%	176,086 3,5%	185,127 5,1%	192,918 4,2%	192,220 -0,4%	200,770 4,4%	211,441 5,3%	219,646 3,9%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	142,151 4,6%	146,689 3,2%	153,153 4,4%	155,768 1,7%	154,623 -0,7%	159,793 3,3%	168,999 5,8%	178,896 5,9%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	45,376 1,6%	46,587 2,7%	47,144 1,2%	48,833 3,6%	32,478 -33,5%	40,922 26,0%	48,083 17,5%	50,007 4,0%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	357,608 3,9%	369,362 3,3%	385,424 4,3%	397,519 3,1%	379,321 -4,6%	401,485 5,8%	428,524 6,7%	448,549 4,7%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	-0,027 -99,2%	-3,463 12754,7%	-3,773 8,9%	-1,437 -61,9%	-0,427 -70,3%	-0,435 2,0%	-0,444 2,0%	-0,453 2,0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	63,753 3,5%	66,243 3,9%	69,288 4,6%	72,706 4,9%	75,662 4,1%	78,688 4,0%	81,639 3,8%	84,701 3,8%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	293,828 5,2%	299,655 2,0%	312,364 4,2%	323,375 3,5%	303,232 -6,2%	322,362 6,3%	346,441 7,5%	363,395 4,9%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3,446 9,5%	-2,682 -22,2%	-3,765 40,3%	-3,399 -9,7%	-3,270 -3,8%	-3,368 3,0%	-3,469 3,0%	-3,573 3,0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	290,382 5,2%	296,973 2,3%	308,599 3,9%	319,976 3,7%	299,962 -6,3%	318,994 6,3%	342,972 7,5%	359,822 4,9%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
EINLAGEN VON INLÄNDISCHEN NICHTBANKEN	332,764 4,4%	346,681 4,2%	362,125 4,5%	375,397 3,7%	399,604 6,4%	425,578 6,5%	443,452 4,2%	462,077 4,2%
DAVON SPAREINLAGEN	145,707 -1,0%	147,435 1,2%	152,784 3,6%	153,490 0,5%	160,649 4,7%	186,032 15,8%	186,404 0,2%	186,591 0,1%
KREDITVOLUMEN (FORDERUNGEN AN INLÄNDISCHE NICHTBANKEN)	328,388 1,4%	331,592 1,0%	342,859 3,4%	359,089 4,7%	374,486 4,3%	389,465 4,0%	403,097 3,5%	412,771 2,4%
EURIBOR 3M ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0,26 -0,24	-0,33 -0,07	-0,32 0,01	-0,36 -0,04	-0,43 -0,07	-0,54 -0,11	-0,48 0,06	-0,14 0,34
ÖSTERREICHISCHE BENCHMARKRENDITE 10J ABSOLUTE DIFFERENZEN	0,37 -0,38	0,56 0,19	0,69 0,13	0,05 -0,64	-0,28 -0,33	-0,27 0,01	0,14 0,41	0,28 0,14

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
USD/EUR	1,11 0,0%	1,13 1,8%	1,18 4,4%	1,12 -5,1%	1,14 1,8%	1,18 3,5%	1,13 -4,2%	1,14 0,9%
GBP/EUR	0,82 12,3%	0,88 7,3%	0,88 0,0%	0,88 0,0%	0,89 1,1%	0,86 -3,4%	0,85 -1,2%	0,85 0,0%
YEN/EUR	120,29 -10,5%	126,67 5,3%	130,37 2,9%	122,08 -6,4%	121,81 -0,2%	129,96 6,7%	129,96 0,0%	129,96 0,0%
CHF/EUR	1,09 1,9%	1,11 1,8%	1,15 3,6%	1,11 -3,5%	1,07 -3,6%	1,08 0,9%	1,05 -2,8%	1,05 0,0%

TAB. 13: STATISTISCHE KOMPONENTEN DER BIP-VERÄNDERUNG

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
STATISTISCHER ÜBERHANG ¹	0,4%	1,1%	1,0%	0,9%	-0,2%	0,5%	0,4%	1,4%
JAHRESVERLAUFSRATE ²	2,7%	2,3%	2,4%	0,3%	-6,1%	4,3%	5,3%	1,8%
JAHRESVERÄNDERUNGSRATE ³	2,0%	2,3%	2,5%	1,5%	-6,7%	4,3%	4,2%	2,6%

1) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres

2) Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP im vierten Quartal in Relation zum vierten Quartal des Vorjahres

3) Jahresveränderungsrate des nicht saison- und kalenderbereinigten realen BIP (Ursprungswerte)